

Betreff:

Erstellung eines Konzepts zur Einrichtung eines zentralen Quartiersmanagements für das Westliche Ringgebiet im Rahmen des Zukunftsbildes für Braunschweig

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

27.06.2016

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

23.08.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat Westliches Ringgebiet bittet die Verwaltung, im Rahmen des Zukunftsbildes für Braunschweig ein Konzept zur Errichtung eines zentralen Quartiersmanagements für das Westliche Ringgebiet zu erstellen.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Mit dem „Zukunftsbild für Braunschweig“ liegt ein kommunalpolitischer Kompass für die Stadtentwicklung bis zum Jahr 2030 vor. Das Zukunftsbild nimmt Schwerpunktsetzungen für das stadtpolitische Handeln vor und formuliert die fünf übergeordneten stadtentwicklungspolitischen Ziele für die nächsten 15 Jahre sowie zugehörige Strategien und Handlungsaufträge.

Erarbeitet wurde das Zukunftsbild gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie vielen weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Politik etc. im offenen Dialogformat „Denk Deine Stadt“ von September 2015 bis April 2016. Auf diese Weise sind mehrere tausend Antworten auf die Frage, wie Braunschweig sich weiterentwickeln soll, in Form von Wünschen, Ideen und ganz konkreten Projektvorschlägen zusammengekommen.

Mit dem Dialogformat wurden die mitunter ganz unterschiedlichen Vorstellungen der Akteure zu Braunschweigs Zukunft zusammengebracht. Es galt daher zwischen den vielfältigen Ideen und Projektvorschlägen abzuwägen und Kompromisse einzugehen. Und da im Ergebnis des Dialogformats ein Zukunftsbild für die gesamte Stadt stehen sollte, wurden alle Wünsche, Ideen und Projekte schließlich zu übergeordneten Strategien und Handlungsaufträgen zusammengefasst. Der räumliche Maßstab ist entsprechend die Gesamtstadt.

Der im Dialog geäußerte Wunsch, weitere Quartiersmanagements einzurichten, ist in die stadtweite Strategie 2.5 „Engagement als Ressource verstehen: die Stadtgesellschaft zum Dialog und Mitgestalten einladen“ eingeflossen.

Der Übergang von der Ziel- zur Projektebene und die Übersetzung des Zukunftsbildes auf die Ebene von Stadtteilen und Quartieren ist dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) vorbehalten, das in 2016/17 entsteht. Die Einbeziehung der politischen Gremien und Akteure vor Ort, insbesondere der Bewohnerschaft, in die Abstimmung von lokalen Entwicklungszielen, Maßnahmen und Projekten in Abgleich mit den gesamtstädtischen Zielen wird ein wesentliches Merkmal des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts sein.

Leuer

Anlage/n:
Keine

Betreff:

**Errichtung eines Wartehäuschens an der Bushaltestelle
"Cyriaksring"**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

08.08.2016

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

23.08.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates 310 vom 01.03.2016:

„Der Bezirksrat bittet die Verwaltung, mit der Verkehrs-GmbH Gespräche zwecks Errichtung eines Wartehäuschens an der genannten Bushaltestelle zu führen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Planungs- und Umweltausschuss hat 2014 den niederflurgerechten Umbau der Bushaltestelle „Cyriaksring“ (Fahrtrichtung Norden) beschlossen (Drucksache 16594/13). Mit dem Zuwendungsbescheid ist voraussichtlich Anfang 2017 zu rechnen. Anschließend erfolgt der Umbau der Haltestelle einschließlich Aufstellung eines Wetterschutzes.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Flüchtlingsunterkunft Gartenstadt
Errichtung eines Schaukastens**

Organisationseinheit:

Dezernat III
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

08.08.2016

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

23.08.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Schaukasten wird ausgeführt und aus dem Budget der Flüchtlingsunterkünfte finanziert.

Es ist mit Kosten in Höhe von ca. 2.000 € zu rechnen.

Planung, Ausschreibung und Realisierung erfolgen parallel zur Baumaßnahme der Flüchtlingsunterkunft. Der Schaukasten wird frühestens zum Ende der Sommerferien aufgestellt werden können.

Die Ausstattung mit Informationen erfolgt durch den Fachbereich 50.

Leuer

Betreff:

Die Situation der geförderten Wohnungen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.08.2016

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

23.08.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Nach einem Bericht der Braunschweiger Zeitung vom 28.07.2016 gibt es in Braunschweig derzeit 4081 Wohnungen, für die eine Mietpreisbindung oder Belegrechte bestehen und einen Mietpreis von 5,60 € bzw. 7 € pro Quadratmeter haben. Nach dem besagten Zeitungsbericht fallen 161 dieser Wohnungen im Jahr 2016 aus der Preisbindung, bis zum Jahr 2023 insgesamt 1293.

Vor diesem Hintergrund fragt die SPD-Fraktion im Westlichen Ringgebiet die Verwaltung:

1. Wie viele dieser in Zukunft nicht mehr mit einer Preisbindung belegten Wohnungen befinden sich im Westlichen Ringgebiet?
2. Im Rahmen welcher Förderprogramme wurden bzw. werden die in Frage 1 betroffenen Wohnungen bisher gefördert?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Mietförderprogramme (des Landes) fortzusetzen und/oder neu aufzulegen und/oder ggf. durch eigene Finanzmittel eine Mietförderung wie die Stadt Hannover eine Preisbindung der Mieten zu gewährleisten?

Gez. Stefan Hillger, Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
"Cyriaksring 55", WI 106
Stadtgebiet Grundstück Cyriaksring 55
Auslegungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

25.07.2016

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	23.08.2016	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	31.08.2016	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.09.2016	N

Beschluss:

"Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Cyriaksring 55“, WI 106, dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Verwaltungsausschusses ergibt sich aus § 76 (2) S. 1 NKomVG. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Auslegung von Bauleitplänen um eine Angelegenheit, über die weder der Rat oder die Stadtbezirksräte zu beschließen haben noch der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist. Daher besteht eine Beschlusszuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Diese wurde auch nicht auf einen Ausschuss gemäß § 6 Hauptsatzung übertragen. Daher bleibt es bei der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses.

Aufstellungsbeschluss und Planungsziel

Das Grundstück Cyriaksring 55 liegt im festgesetzten Sanierungsgebiet „Westliches Ringgebiet/Soziale Stadt“ und wurde und wird derzeit noch durch eine Autowerkstatt, Büronutzung, Parkgaragen und eine kleine Versammlungsstätte genutzt. Der Eigentümer möchte diese mit der umliegenden, gründerzeitlichen Wohnbebauung nur bedingt verträgliche Nutzung aufgeben und das Grundstück zu Wohnzwecken umnutzen. Auf Grund eines Antrags des Eigentümers auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuss am 10.Dezember 2013 den Aufstellungsbeschluss gefasst.

Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Planungsrechtes zur Errichtung eines fünfgeschossigen Wohngebäudes in der Baulücke zwischen den Grundstücken Cyriaksring 54 und 56 sowie die Errichtung eines zweigeschossigen Gebäudes im Blockinnenbereich.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen

Der Bebauungsplan dient der Wiedernutzbarmachung von Flächen bzw. einer Maßnahme der Innenentwicklung im Sinne von § 13 a BauGB. Das Planverfahren wird daher im beschleunigten Verfahren unter Anwendung der Vorschriften des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB wurde vom 14. Dezember 2014 bis 19. Januar 2015 durchgeführt.

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen wurde in der Zeit vom 17. Dezember 2015 bis 18. Januar 2016 durchgeführt.

Wesentliche Stellungnahmen mit planungsrelevanten Inhalten wurden nicht vorgetragen. Die Stellungnahmen werden der Vorlage zum Satzungsbeschluss beigelegt und dabei mit einer Stellungnahme der Verwaltung sowie einem Beschlussvorschlag versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Eine frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit und Erörterung nach § 3 (1) BauGB wurde durchgeführt.

In der Zeit vom 17. Juli 2015 bis 24. Juli 2015 standen die Unterlagen zur Planung in Form eines Aushangs sowie im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung. Zusätzlich bestand bei einem Erörterungstermin am 21. Juli 2015 die Möglichkeit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung unterrichten zu lassen und sich zu der Planung zu äußern.

Im Wesentlichen richten sich die Äußerungen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger gegen die Bebauung des Blockinnenbereiches mit einer zweigeschossigen Bebauung mit zusätzlichem Staffelgeschoss. Diese füge sich nicht in die umgebende Bebauung ein und erzeuge durch die zu erwartende stärkere Nutzung ein Störpotenzial.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird auf Grundlage von § 3 (2) BauGB durchgeführt.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Cyriaksring 55“, WI 106, mit dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan.

Leuer

Anlage/n:

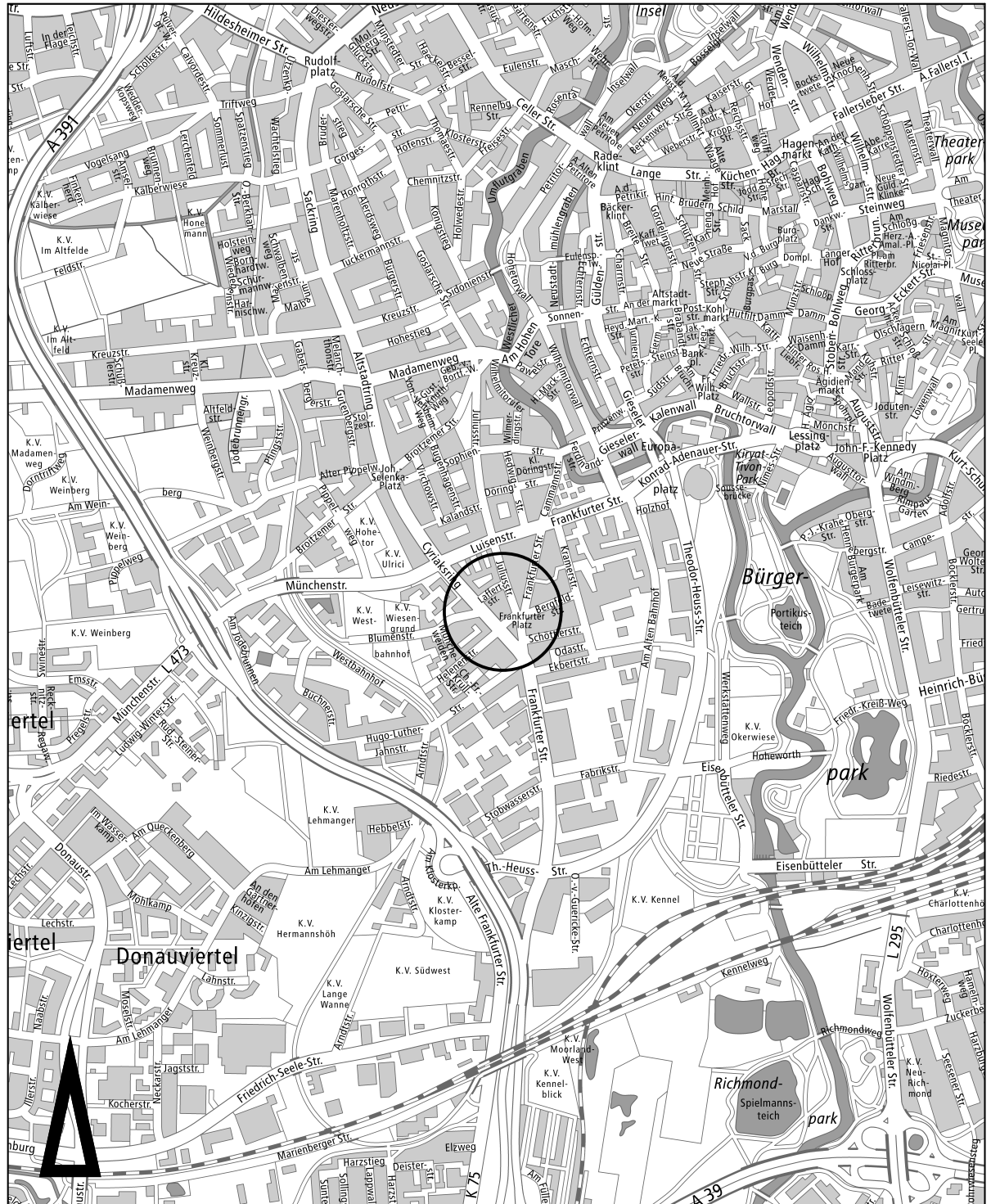
- Anlage 1: Übersichtskarte
- Anlage 2 a: Vorhabenbeschreibung
- Anlage 2 b: Vorhaben- und Erschließungsplan
- Anlage 2 c: Vorhabenplan, Ansichten Vordergebäude A
- Anlage 2 d: Vorhabenplan, Ansichten Vordergebäude B
- Anlage 2 e: Vorhabenplan, Ansichten Hintergebäude A
- Anlage 2 f: Vorhabenplan, Ansichten Hintergebäude B
- Anlage 3 a: Vorhabenbezogener Bebauungsplan / Zeichnerische Festsetzungen
- Anlage 3 b: Planzeichenerklärung
- Anlage 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan / Textliche Festsetzungen und Hinweise
- Anlage 5: Begründung
- Anlage 6: Niederschrift der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Übersichtskarte



Maßstab ca. 1: 20.000

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55**WI 106**

Vorhabenplan/ Erläuterungstext

Nach Aufgabe der bisherigen Nutzung besteht die Möglichkeit, das Grundstück Cyriaksring 55 einer weitergehenden Wohnnutzung im Innenbereich zuzuführen. Um die relativ breite Zufahrt in den Innenbereich stadträumlich angemessen zu schließen, soll ein fünfgeschossiges Gebäude am Cyriaksring errichtet werden. Im Innenbereich des Baublocks soll ein zweigeschossiges Gebäude mit Flachdach errichtet werden. Neben Freiflächen ist der Nachweis von insgesamt 17 notwendigen durch Baumpflanzung gegliederten Stellplätzen möglich, davon drei mit behindertengerechter Breite von 3,50 m.

In dem Gebäude am Cyriaksring sind im Erdgeschoss zwei 1-Zimmer-Apartments, in den Normalgeschossen sechzehn 1 -1 ½-Zimmer-Apartments und im Dachgeschoss zwei 1-Zimmer-Apartments geplant. Die Apartments haben eine Größe von bis zu 40 m². Im Hofgebäude sollen insgesamt vier 2-Zimmerwohnungen und eine 3-Zimmerwohnung entstehen.

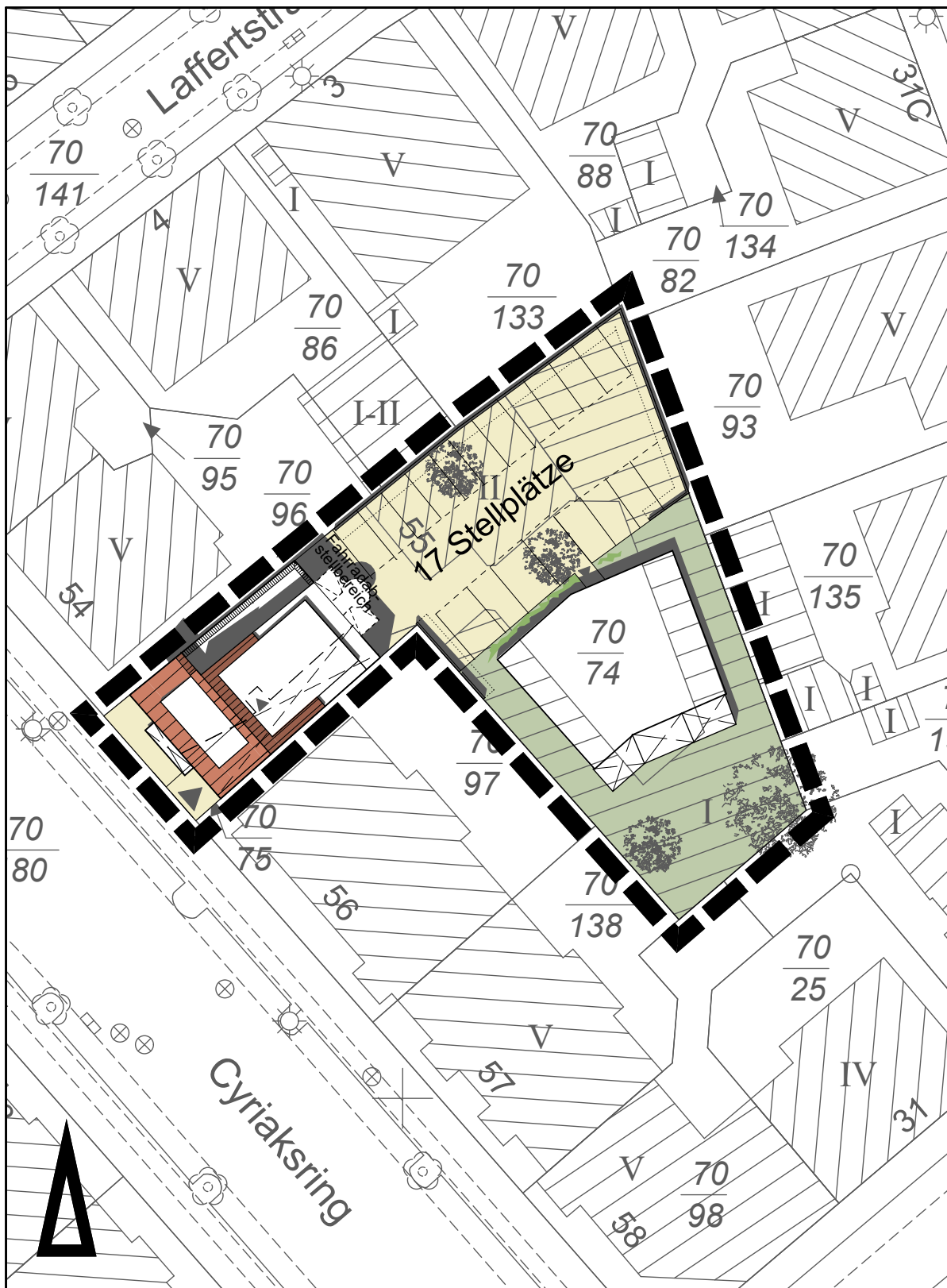
Zum Schutz vor kurzzeitigen Geräuschspitzen werden die Stellplätze im Blockinnenbereich gegenüber den angrenzenden schutzbedürftigen Nutzungen durch Lärmschutzwände mit einer Gesamtlänge von 5,0 m, 9,0 m bzw. 4,0 m abgeschirmt. Die Anlage muss eine Höhe von 1,8 m und eine Auskragung von 0,2 m vertikal und 1,0 m horizontal zum Stellplatz hin bis zu einer Gesamthöhe von 2,0 m haben.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Vorhabenplan, Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB



Maßstab 1:500

Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾

¹⁾ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

²⁾ © LGLN Landesamt für GeoInformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Holzburg

Vorgelegt von:

Meißner Architekten BDA
Braunschweig



Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55**WI 106**

Vorhabenplan, Ansicht Südwest und Nordost, Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB



Maßstab 1:200

Vorgelegt von:

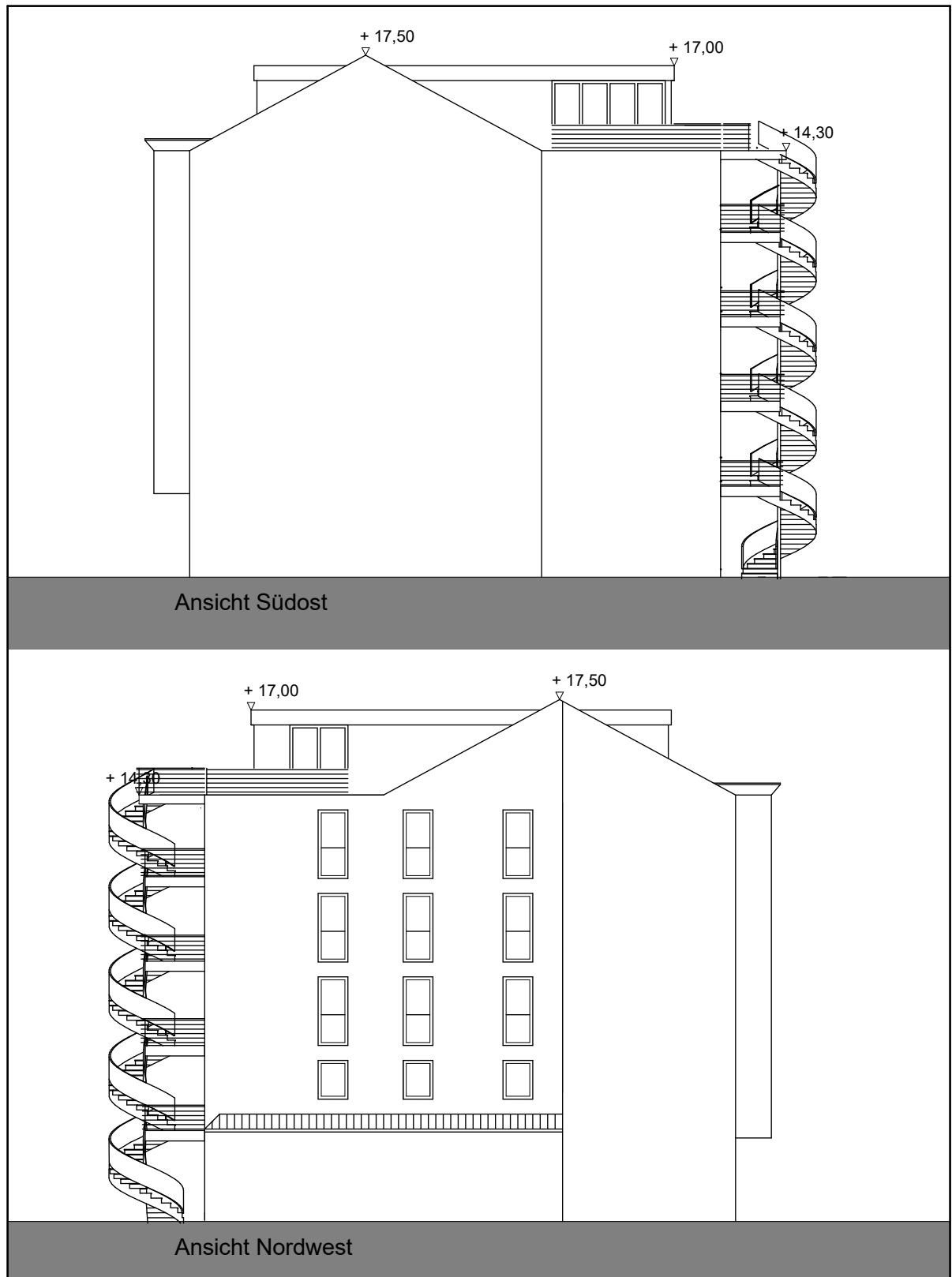
Meißner Architekten BDA
 Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Vorhabenplan, Ansicht Südost und Nordwest, Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB

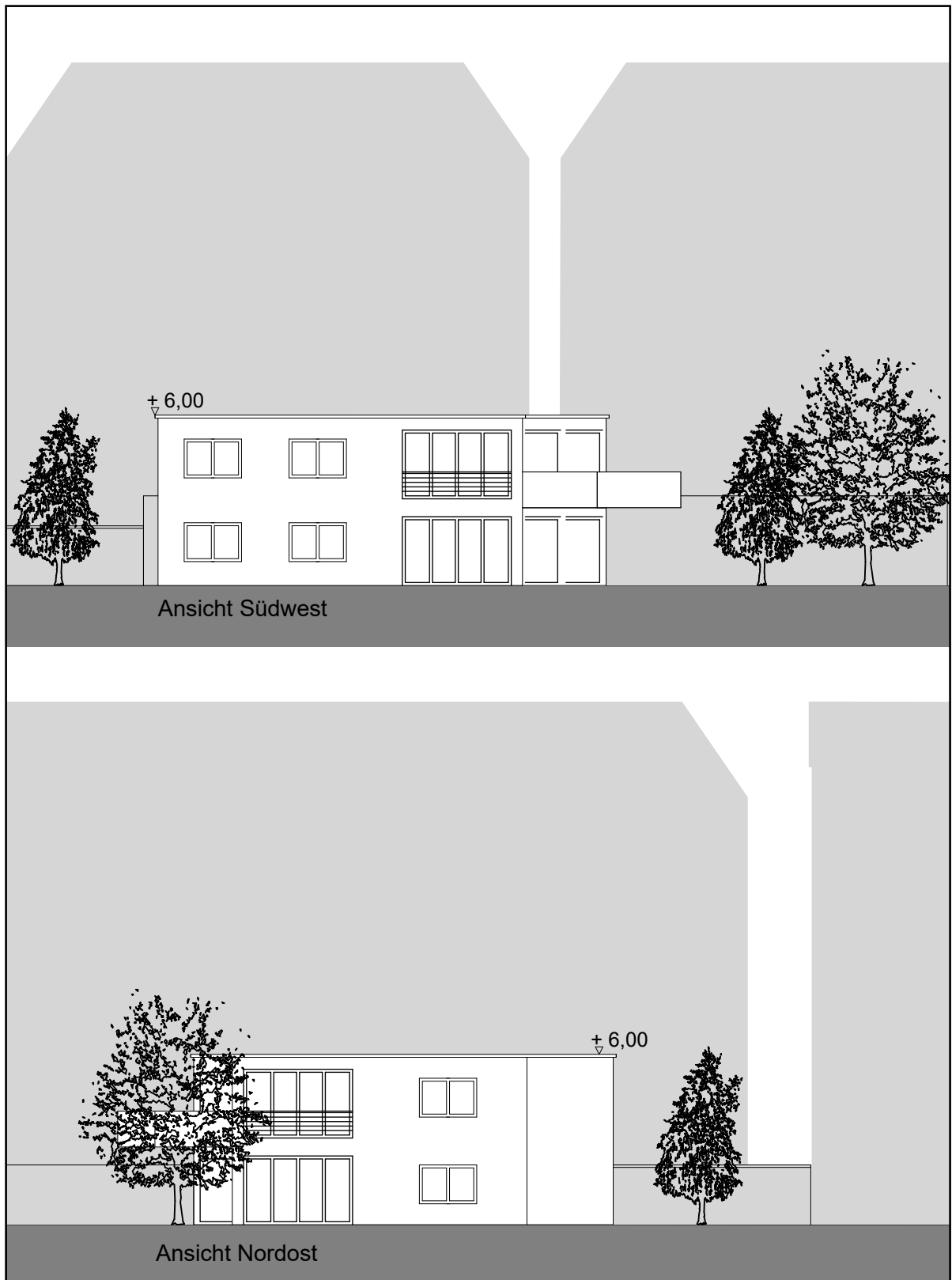


Maßstab 1:200

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Cyriaksring 55

WI 106

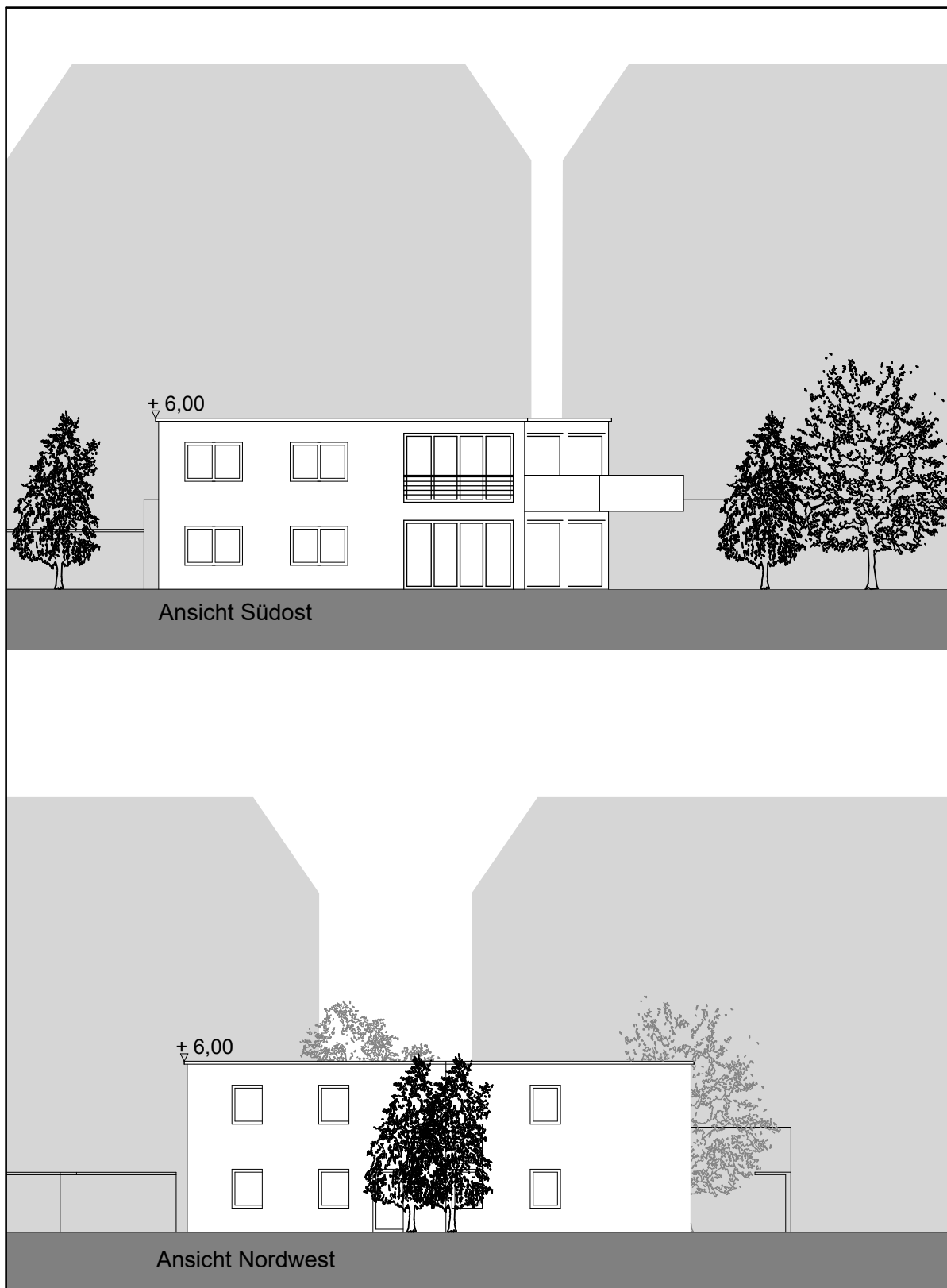
Vorhabenplan, Ansicht Südwest und Nordost Hofgebäude,
Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB



Maßstab 1:200



Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55**WI 106**Vorhabenplan, Ansicht Südost und Nordwest Hofgebäude,
Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB

Maßstab 1:200

Vorgelegt von:

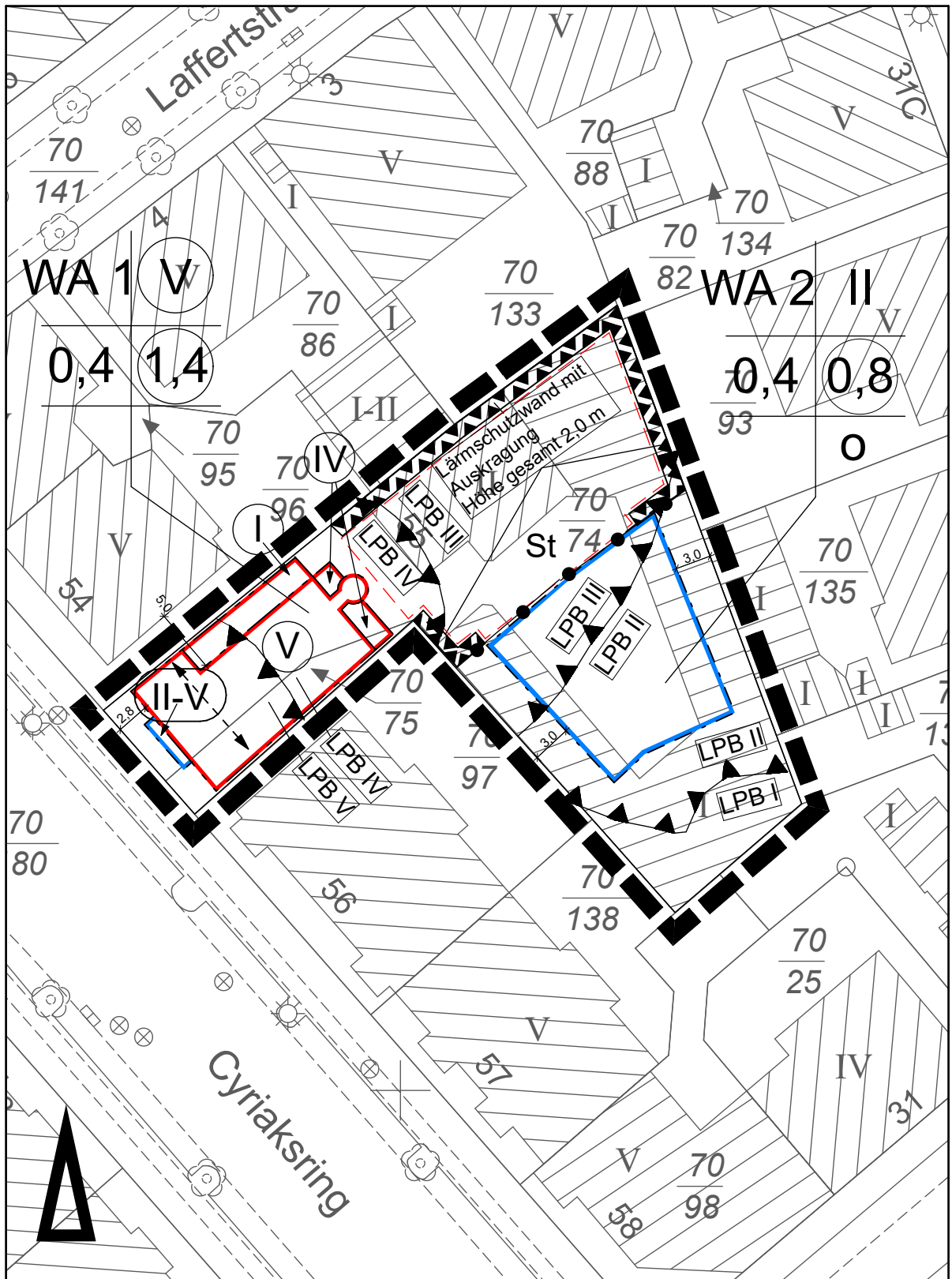
Meißner Architekten BDA
Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Zeichnerische Festsetzungen, Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB



Maßstab 1:500

Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾

¹⁾ © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

²⁾ © LGLN Landesamt für Geoformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionalstelle Braunschweig-Holtenau

Vorgelegt von:

Meißner Architekten BDA
Braunschweig

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Planzeichenerklärung, Stand: 13. Juli 2016, § 3 (2) BauGB

Zahlenangaben sind Beispiele

Art der baulichen Nutzung

WA Allgemeines Wohngebiet

Hinweise


 3,0 Maßangaben

Maß der baulichen Nutzung

 0,8 Geschossflächenzahl (GFZ)


0,4 Grundflächenzahl (GRZ)


II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

 V Zahl der Vollgeschosse zwingend

Bestandsangaben

 Wohngebäude

 Neben- bzw. Wirtschaftsgebäude

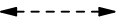
 Gebäude nicht im amtlichen Liegenschaftskataster enthalten


Bauweise

o offene Bauweise

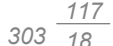
 Baulinie

 Baugrenze

 Firstrichtung


 Flurstücksgrenze


II vorh. Geschosszahl

 Flurstücksnummern


 Höhenangaben über NN

Sonstige Festsetzungen

 Grenze des Geltungsbereiches


 Nutzungsabgrenzung

 Fläche für Stellplätze

 Abgrenzung der unterschiedlich festgesetzten Lärmpegelbereiche

 Lärmpegelbereich

 Böschung

 Flächen für Anlagen des Immissions-schutzes "Lärmschutzwand"

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Textliche Festsetzungen und Hinweise

A Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

Im Rahmen der festgesetzten Nutzungen sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

I Art der baulichen Nutzung

Allgemeine Wohngebiete WA

1. In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO folgende Nutzungen zulässig:

- Wohngebäude,
- nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

2. In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO folgende Nutzungen zulässig:

- Wohngebäude,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

3. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 sind insbesondere unzulässig:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Tankstellen,
- Läden, Gartenbaubetriebe und Schank- und Speisewirtschaften.

II Maß der baulichen Nutzung, Höhe baulicher Anlagen

1. Die Allgemeinen Wohngebiete WA 1 und WA 2 werden in Bezug auf die Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl für erforderliche Stellplätze und Garagen mit ihren Zufahrten gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO wie ein zusammenhängendes Baugebiet behandelt.
2. Eine Überschreitung der festgesetzten Grundfläche durch Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des

§ 14 BauNVO und baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, ist bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig.

3. In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 1 muss die Traufhöhe der Hauptgebäude auf der Baulinie min. 14,3 m und max. 15,3 m über dem Bezugspunkt einhalten. Hauptgebäude müssen eine Firsthöhe von min. 17,0 m und max. 18,0 m über dem Bezugspunkt einhalten.

Traufhöhe im Sinne dieser Festsetzungen ist die Schnittlinie der Außenflächen von Außenwand und Dachhaut.

Firsthöhe im Sinne dieser Festsetzungen ist die obere Begrenzungskante der Dachflächen.

4. In Allgemeinen Wohngebiet WA 2 darf die Höhe der baulichen Anlage maximal 6,50 m über dem Bezugspunkt betragen.
5. Bezugspunkt für Höhenfestsetzungen ist die Höhenlage der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche an dem Punkt der Straßenbegrenzungslinie, der der Mitte der straßenzugewandten Gebäudeseite am nächsten liegt.

Steigt oder fällt das Gelände vom Bezugspunkt zur Mitte der erschließungsseitigen Gebäudeseite, so ist die Normalhöhe um das Maß der natürlichen Steigung oder des Gefälles zu verändern.

III Überbaubare Grundstücksflächen

1. Unterschreitung von Baulinien

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 darf oberhalb der festgesetzten Traufhöhe zur Ausbildung eines Staffelgeschosses von den Baulinien an der straßenzugewandten Seite um mind. 1,50 m und an seitlichen Baulinien um je mind. 1,75 m zurückgewichen werden. An der zum Hof orientierten Dachfläche darf entsprechend von den Baulinien zum Innenhof um mind. 1,5 m und seitlich um mind. 1,0 m zurückgewichen werden.

2. Überschreitung von Baugrenzen

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 dürfen die Baugrenzen durch Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen und Kellerlichtschächte

um bis zu 1,0 m auf max. 50 % der jeweiligen Fassadenbreite überschritten werden.

IV Garagen und Stellplätze

1. Garagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig.
2. Stellplätze sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche nur innerhalb der dafür festgesetzten Fläche zulässig.

V Grünordnung

1. Je 6 Stellplätze ist ein mindestens mittelkroniger Laubbaum in die Carport- und Stellplatzanlage integriert zu pflanzen.

Die Baumstandorte können ausnahmsweise auch in die Nebenflächen der Anlage gepflanzt werden.
2. Stellplätze sind durch eine mindestens 1,2 m hohe Schnitthecke aus Laubgehölzen einzugrünen.
3. Flachdächer sind mindestens extensiv zu begrünen.

VI Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

1. Emissionsseitige Lärminderungsmaßnahmen
 - 1.1 Auf den festgesetzten Flächen für Anlagen des Immissionsschutzes „Lärmschutzwand Höhe 2,0 m“ sind Lärmschutzwände zu errichten, die jeweils eine Höhe von 1,8 m und 0,2 m vertikal und 1,0 m horizontal zum Stellplatz hin bis zu einer Gesamthöhe von 2,0 m auskragen.
 - 1.2 Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist die Durchfahrt zu den Stellplätzen an Decke und Seitenwänden mit schallabsorbierendem (mind. Schallabsorptionsgrad $\alpha_w = 0,95$) Material auszukleiden.
 - 1.3 Von den Festsetzungen unter 1.1 und 1.2 kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, dass die erforderliche Lärminderung auf andere Weise gewährleistet ist.
 - 1.4 Bezugspunkt für die unter A VI 1.1 festgesetzte Lärmschutzwand ist die Höhenlage des Flurstücks 70/74 an der jeweiligen Grundstücksgrenze zum Plangebiet.
2. Lärmpegelbereiche:
 - 2.1 In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 sind bei Errichtung und Änderung von Gebäuden an den Fassaden mit Räumen, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt

von Menschen bestimmt oder geeignet sind (Aufenthaltsräume) passive Schallschutzmaßnahmen nach den Bestimmungen für die im Bebauungsplan festgesetzten Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ und gemäß VDI 2719 „Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen“ durchzuführen.

- 2.2 An der Westfassade des Vorderhauses sind Aufenthaltsräume nur mit fensterunabhängigen schallgedämmten Lüftungseinrichtungen zulässig.
- 2.3 Schutzwürdige Außenwohnbereiche des Vorderhauses, wie z. B. Terrassen, Loggien und Balkone, sind nur auf der von der Lärmquelle (Straße: Cyriaksring) abgewandten Gebäudeseite im direkten Schallschatten des Hauses zulässig.
- 2.4 Von den Festsetzungen unter 2.1 bis 2.3 kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, dass der erforderliche Schallschutz auf andere Weise gewährleistet ist.
3. Nachweis im Einzelfall:
 - 3.1 Schallausbreitungsberechnungen sind nach der DIN ISO 9613-2 für eine Mittenfrequenz $f = 500$ Hz, Bodenfaktor $G = 0$, meteorologische Korrektur $C_{met} = 0$ und eine mittlere Quellhöhe $h_s = 0,5$ m (über Geländeoberkante (GOK)) bei Mitwindwetterlage unter Anwendung des allgemeinen Verfahrens gemäß Nr. 7.3.1 anzufertigen.
 - 3.2 Die Reflexionen sind bis zur ersten Reflexion zu berücksichtigen und für die Gebäudefassaden ein Reflexionsverlust in Höhe von 1 dB(A) zu Grunde zulegen.
 - 3.3 Für die Immissionshöhe ist für die jeweiligen Geschosse eine Höhe von $H_{IO,G} = 2,8$ m (GOK) und für den Außenwohnbereich von $H_{IO,Awb} = 1,8$ m (GOK) zu berücksichtigen. Die kritische Immissionspunkthöhe für Fassaden liegt bei 8,4 m (2. OG).
 - 3.4 Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Orientierungswerte bzgl. des Straßenverkehrslärms ist auf Grundlage der schalltechnischen Rechenvorschrift RLS-90 „Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen“ unter Berücksichtigung der vorgenommenen Lärminderungsmaßnahmen vorzunehmen.
 - 3.5 Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Orientierungswerte bzgl. der Stellplatznutzung (Anlagenlärm) ist auf Grundlage der TA Lärm „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ i. V. m. der Parkplatzlärmstudie (Bayrischen Landesamtes für Umwelt) nach dem zusammengefassten Verfahren für die Parkplatzart „Wohnanlage, Parkplatz oberirdisch“ unter Berücksichtigung der vorgenommenen Lärminderungsmaßnahmen vorzunehmen.

B Örtliche Bauvorschrift

gemäß §§ 80, 84 NBauO in Verbindung mit
§ 9 Abs. 4 BauGB

I Geltungsbereich

Die örtliche Bauvorschrift gilt für das Allgemeine Wohngebiet WA 1 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Cyriaksring 55“, WI 106.

II Dächer

1. Dachformen

- 1.1 Für Hauptgebäude im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind nur Satteldächer mit zur Firstlinie parallel verlaufenden Trauflinien zulässig.

Satteldach im Sinne dieser Festsetzung ist ein Dach, das von zwei Dachflächen mit gleicher Dachneigung, ohne Abwalmung, gemeinsamem horizontalem First und rechtwinklig zum First stehenden Giebelflächen gebildet wird.

- 1.2 Für Hauptgebäude im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind nur Flachdächer zulässig.

2. Dachneigung

- 2.1 Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 dürfen die Dachflächen der Hauptdächer von Hauptgebäuden nur Neigungen von 25° bis 45° haben.
- 2.2 Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 dürfen die Dachflächen der Hauptdächer von Hauptgebäuden nur Neigungen bis 6° haben.

3. Richtung der baulichen Anlagen

Für die Stellung der Dächer und baulichen Anlagen gilt die zeichnerisch festgesetzte Firstrichtung. Geringfügige Abweichungen bis 5° in beide Richtungen sind zulässig.

4. Material und Farbe von Dacheindeckungen

Für die geneigten Flächen der Dächer sind nur nicht glänzende und nicht glasierte Dachsteine oder -ziegel in den Farbtönen rot bis braun zulässig. Dacheindeckungen aus Zinkblech sind ebenfalls zulässig.

5. Sonderformen

Ausgenommen von den vorgenannten Festsetzungen II 1. bis II 4. sind die Dächer von Wintergärten, Terrassenüberdachungen und Dachflächen, die als Solar- oder Fotovoltaikanlagen ausgebildet werden sowie Dachflächen von Gründächern.

III Einfriedungen

Einfriedungen entlang der öffentlichen Verkehrsfläche sind nur in Form einer Schnitthecke aus heimischen Gehölzen, wie z. B. Hainbuche (*Carpinus betulus*), Rotbuche (*Fagus*

sylvatica), Weißdorn (*Crataegus monogyna*) bis zu einer Höhe von maximal 0,8 m zulässig.

Die Kombination mit einem gleich hohen Maschendrahtzaun ist zulässig.

IV Einstellplätze

Für Gebäude mit mehr als 1 Wohnung müssen 1,0 Einstellplätze je Wohnung hergestellt werden. Für Kleinwohnungen von maximal 40 m² Wohnfläche gemäß Wohnflächenverordnung sind mindestens 0,5 Einstellplätze je Wohnung herzustellen. Es ist auf ganze Zahlen aufzurunden.

V Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt nach § 91 Abs. 3 NBauO, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Gestaltungsfestsetzungen entspricht.

C Hinweise

1. Lärmvorbelastung

Das Plangebiet ist durch den Verkehr der Straße Cyriaksring lärmvorbelastet.

2. Informationen zum Schallschutz

Zur Umsetzung der Festsetzungen A VI „Festsetzungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“ sind folgende Grundlagen maßgeblich:

- DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 1989,
- VDI-Richtlinie 2719 „Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen“, Herausgeber VDI-Verlag GmbH, Düsseldorf, 1987.

Diese Unterlagen können in der „Beratungsstelle Planen – Bauen – Umwelt“ der Stadt Braunschweig eingesehen werden.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55

WI 106

Begründung

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	-	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse		3
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes		4
4	Umweltbericht		4
5	Begründung der Festsetzungen		11
6	Gesamtabwägung		23
7	Zusammenstellung wesentlicher Daten		24
8	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes		24
9	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll		24

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: 17. Februar 2016 -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 76 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 206)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBl. S. 311)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen von 2008 und im Regionalen Raumordnungsprogramm von 2008 für den Großraum Braunschweig (RROP) ist die Stadt Braunschweig seit 2008 im oberzentralen Verbund mit Wolfsburg und Salzgitter als Oberzentrum der Region mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung der Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten verbindlich festgelegt.

Nach den Festlegungen in den zeichnerischen Darstellungen des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) für den Großraum Braunschweig 2008 ist das Plangebiet als Siedlungsfläche ausgewiesen.

Damit stehen die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht im Widerspruch zu den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsprogramms und sind im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung angepasst.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanentwurfs gelten die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig in der Form der Bekanntmachung vom 06.10.2005 in seiner derzeit aktuellen Fassung.

Er stellt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Wohnbauflächen“ mit einem Richtwert GFZ 0,8 für das allgemeine Maß der baulichen Nutzung dar. Der Cyriaksring wird als Trasse für überörtlichen und örtlichen Verkehr dargestellt.

Damit ist der Bebauungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.3 Bebauungspläne

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gelten keine Bebauungspläne.

2.4 Sonstige Planungen

Das Grundstück Cyriaksring 55 liegt im förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet „Westliches Ringgebiet/ Soziale Stadt“ mit dem Teilabschnitt „Juliusstraße/ Schöttlerstraße“. Sanierungsziele sind die Verbesserung der Wohnumfeldsituation und passive Lärmschutzmaßnahmen für die an Cyriaksring und Luisenstraße angrenzenden Wohngebäude.

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplanes

Das Grundstück Cyriaksring 55 wurde durch eine Autowerkstatt, Büronutzung sowie für Parkgaragen genutzt. Der Eigentümer des Grundstücks möchte diese mit der umliegenden, gründerzeitlichen Wohnbebauung nur bedingt verträglichen Nutzungen aufgeben und das Grundstück im Sinne der sanierungsrechtlichen Ziele umnutzen.

Auf Antrag des Eigentümers wurde ein Aufstellungsverfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das o. g. Grundstück eingeleitet.

Ziel des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umnutzung des Grundstücks und die Schließung der Baulücke am Cyriaksring zu erreichen. Es ist beabsichtigt, dass der Eigentümer als Vorhabenträger die Entwicklung des Wohnbaugebietes durchführt.

Die Umnutzung des Grundstücks entspricht den Sanierungszielen der Stadt Braunschweig. Beabsichtigt ist hier die Förderung des Abbruchs der Gebäude mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm.

Das vorläufige Vorhaben sieht die Schließung der Blockrandbebauung auf der vorderen Baukante des Cyriaksrings durch ein fünfgeschossiges Gebäude vor. In dem Gebäude sollen im Erdgeschoss zwei 1-Zimmer-Apartments, in den Normalgeschossen sechzehn 1 -1 ½-Zimmer-Apartments und im Dachgeschoss zwei 1-Zimmer-Apartments entstehen. Mit diesem Konzept wird der nach wie vor große Bedarf an kostengünstigen Mietwohnungen (z.B. für Studenten) in der Stadt Braunschweig berücksichtigt.

Der Hof soll vollständig von den bestehenden Gebäuden geräumt und es soll ein zweigeschossiges Hofgebäude mit fünf Wohnungen errichtet werden. Weiterhin sollen im Innenhof die notwendigen Stellplätze untergebracht werden.

4 Umweltbelange

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im Sinne von §13a BauGB aufgestellt. Die Planung sieht vor, ein fünf- und ein zweigeschossiges Gebäude mit den notwendigen Stellplätzen in einem gewerblich genutzten, nahezu vollständig versiegelten gründerzeitlichen Baublock zu errichten. Es handelt sich somit um eine Maßnahme der Innenentwicklung. Die durch die Festsetzungen mögliche zulässige Grundfläche beträgt ca. 850 m².

Andere Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, liegen nicht vor. Vorhaben, die der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, werden durch den Bebauungsplan nicht ermöglicht. Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten sind nicht erkennbar.

Die Voraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens sind somit erfüllt.

Im Verfahren nach § 13a BauGB wird eine Umweltprüfung nicht durchgeführt und ein Umweltbericht nicht erstellt. Naturschutzfachliche Eingriffe, die auf Grund des Bebauungsplans zu erwarten sind, gelten im Sinne der Eingriffsregelung als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Ein naturschutzfachlicher Eingriffsausgleich ist somit nicht erforderlich, eine Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung wird nicht vorgenommen.

Nachfolgend werden die Umweltbelange, soweit sie mit der Planung in Berührung stehen, dargelegt.

4.1 Mensch und Gesundheit

Der Geltungsbereich umfasst den weitgehend versiegelten Innenbereich eines gründerzeitlichen Baublockes, der bislang als Autowerkstatt mit Büro und Parkgaragen genutzt wurde. Der Baublock wird durch eine nahezu geschlossene fünfgeschossige gründerzeitliche Bebauung umgeben. Die privaten Grundstücke der Wohnbebauung sind durchweg relativ klein. Zumeist als Garagenhöfe genutzt, weisen diese gelegentlich eine Funktion für die private Erholung auf. Die südwestlich benachbarten Hofflächen sind überwiegend begrünt. Auf diesen Flächen stehen einige markante Bäume.

Die zum Hof orientierten Fassaden der Nachbarbebauung am Cyriaksring 54 werden in der Bestandssituation bereits so verschattet, dass am 17. Januar keine direkte Besonnung, während zur Tag-Nacht-Gleiche (21. März) eine Besonnungsdauer von lediglich 2 Stunden möglich ist. Die zum Cyriaksring orientierte südwestliche Fassadenseite bleibt von der Planung unberührt.

Bei Realisierung der Planung wird der bisher bebaute und versiegelte Innenhof teilweise entsiegelt und begrünt. Durch den Wegfall der Gewerbenutzung besteht die Möglichkeit der Schaffung eines verbesserten Erholungswertes der wohnungsbezogenen Freiflächen.

Eingeschränkt wird dieses Potential allerdings durch die Anlage von notwendigen Stellplätzen im Blockinnenbereich. Zum Schutz vor kurzzeitigen Geräuschspitzen werden die Stellplätze gegenüber den angrenzenden schutzbedürftigen Nutzungen durch Lärmschutzwände mit Auskragungen zum Emittenten abgeschirmt.

Flachdächer sollen mindestens extensiv begrünt werden.

4.2 Tiere, Pflanzen, Landschaft

Aufgrund der gewerblichen Nutzung und der weitgehenden Versiegelung der Fläche bestehen keine Flora- und Faunastrukturen, die Besonderheiten erwarten lassen.

Besonders schützenswerte Strukturen sind für das Gebiet nicht bekannt.

4.3 Boden

Der größte Teil des Geltungsbereiches ist bebaut bzw. asphaltiert. Eine weitere Versiegelung des Bodens wird durch diesen Bebauungsplan nicht vorbereitet. Bei einer Realisierung der Planung wird der Innenhof teilweise entsiegelt.

Der Bereich ist nicht altlastenverdächtig. Mit nennenswerten Bodenverunreinigungen ist nicht zu rechnen.

Kampfmittel

Im Geltungsbereich des Plangebietes ist mit Kampfmitteln aus dem 2. Weltkrieg zu rechnen. Eine Gefahr durch Kampfmittel besteht bei der Ausführung von Erdarbeiten. Solange Kampfmittel nicht überbaut werden und keine Erdarbeiten ausgeführt werden, besteht keine Gefahr für die Sicherheit. Erdarbeiten sind baubegleitend auf Kampfmittel zu überwachen mit anschließender Sohlensondierung in Höhe der Baugrubensohle.

4.4 Wasser

Das Gebiet liegt außerhalb von gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebieten.

4.5 Klima, Luft

Nach dem aktuellen Klimagutachten (Stadtklimaanalyse Braunschweig 2012 Steinicke & Streifeneder, Richter & Röckle) wird das Planungsgebiet als thermisch und lufthygienisch stark belasteter verdichteter Siedlungsbereich mit hoher Empfindlichkeit ausgewiesen. Der Cyriaksring wird als belasteter Straßenabschnitt benannt.

Aufgrund der Vorhabengröße und der bestehenden Vorbelastungen sind die klimaökologischen Auswirkungen insgesamt als unerheblich einzustufen. Eine Verschlechterung der stadtklimatischen und lufthygienischen Situation ist nicht zu erwarten.

4.6 Lärm

Das Plangebiet soll als allgemeines Wohngebiet mit einem fünfgeschossigen Gebäude entlang des Cyriaksrings und im rückwärtigen Bereich mit einem zweigeschossigen Gebäude sowie Stellplatzflächen entwickelt werden.

Das Plangebiet ist durch den Straßenverkehr auf dem Cyriaksring lärmvorbelastet. Weitere Beeinträchtigungen gehen von den umliegenden Nebenstraßen (Laffertstraße, Juliusstraße und Helenenstraße) aus.

Des Weiteren können sich die innerhalb des Plangebiets vorgesehenen Stellplatzflächen durch ihre Nutzung auf die umliegende schutzbedürftige Bebauung lärmrelevant auswirken.

Weitere immissionsrelevante Emissionsquellen innerhalb oder außerhalb des Plangebiets liegen nicht vor.

Zum Schutz und zur Vorbeugung vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wurde im Rahmen des Aufstellungsverfahrens eine schalltechnische Untersuchung (Geräusche-Rechner, Dipl.-Geoökol. Henning Arps, Bericht-Nr. P 16/16 vom 25.04.2016) durchgeführt. Dazu wurden die Geräuscheinwirkungen der umliegenden Emissionsquellen auf das künftig als allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzte Plangebiet sowie die Auswirkungen der Emissionsquellen im Plangebiet auf die Umgebung nach den aktuellen und einschlägigen Regelwerken zum Immissionsschutz erfasst und beurteilt, sowie Maßnahmen zum Schallschutz erarbeitet.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung der Geräuschsituation im Plangebiet auf Grundlage der DIN 18005 („Schallschutz im Städtebau“) in Bezug auf die Entwicklung als allgemeines Wohngebiet (WA) mit den maßgeblichen Orientierungswerten des Beiblattes 1 der DIN 18005 von tags 55 dB(A) und nachts 45 dB(A) (Straßen- und Schienenverkehrslärm) bzw. 40 dB(A) (Anlagen- und Freizeitlärm).

Die Berechnung der Beurteilungspegel erfolgt auf Grundlage der DIN ISO 9613-2 für eine Mittenfrequenz $f = 500$ Hz, Bodendämpfung $G = 0$ (reflektierend) und eine mittlere Quellhöhe $h_s = 0,5$ m über Geländeoberkante (GOK) bei Mitwindlage unter Berücksichtigung des allgemeinen Verfahrens gemäß Nr. 7.3.1 der DIN ISO 9613-2. Des Weiteren werden die Reflexionen nach den Vorgaben der DIN ISO 9613-2 bzw. der RLS 90 bis zur ersten Reflexion berücksichtigt und für die Gebäudefassaden ein Reflexionsverlust von 1 dB(A) zu Grunde gelegt. Aufgrund des geringen Abstandes zwischen Emissions- und Immissionsort entfällt die meteorologische Korrektur (c_{met}).

a) Geräuschemissionen, die sich auf das Plangebiet auswirken:
Auf das Plangebiet selbst wirkt nur der Straßenverkehrslärm der umliegenden Straßen ein.

Die Berechnung der Geräuschemissionen durch Straßenverkehr erfolgt nach den Vorgaben der Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen (RLS 90) anhand der Angaben zu den einzelnen Streckenbelastungen der umliegenden Straßen. Im vorliegenden Fall wurde konservativ der Werktagsverkehr (WTV) mit LKW-Anteil für das Prognosejahr 2020 (Verkehrsuntersuchung, WVI) angesetzt.

Freie Schallausbreitung:

Die Immissionssituation im Plangebiet stellt sich hinsichtlich Verkehrslärm von den öffentlichen Straßen unter Beachtung der prognostizierten Verkehrsmengen für das Jahr 2020 bei freier Schallausbreitung unter Berücksichtigung der Bestandsbebauung in der Umgebung gemäß den Beurteilungskriterien der DIN 18005 für die Beurteilungshöhen EG bis 4. OG wie folgt dar:

Zeitraum		OW* ¹⁾ in dB(A)	Straßenverkehrslärm Beurteilungspegel in dB(A)				
			EG (2,8 m)	1. OG (5,6 m)	2. OG (8,4 m)	3. OG (11,2 m)	4. OG (14,0 m)
Tagzeit	6.00- 22.00	55	38 - 70	39 - 70	41 - 70	43 - 70	44 - 69
Nacht- zeit	22.00- 6.00	45	30 - 63	31 - 63	34 - 63	35 - 62	36 - 62
Bemerkung: * ¹⁾ : Orientierungswerte gem. DIN 18005 „Schallschutz im Städte- bau“, Beiblatt 1							

Damit werden im Plangebiet durch die Straßenverkehrslärmimmissionen aus dem öffentlichen Straßenverkehr die für allgemeine Wohngebiete maßgeblichen Orientierungswerte (OW) der DIN 18005 zur Tagzeit um bis zu 15 dB(A) und zur Nachtzeit um bis zu 18 dB(A) überschritten.

Bei der Berechnung zeigt sich, dass der Verkehr auf dem Cyriaksring pegelbestimmend ist. Dabei beschränken sich die Überschreitungen auf die dem Cyriaksring zugewandte Westfassade des Vordergebäudes (WA 1).

Berücksichtigung einer Riegelbebauung durch das Vorderhaus:
Gemäß DIN 18005 ist ohne besonderem Nachweis davon auszugehen, dass an der von der maßgeblichen Lärmquelle abgewandten Gebäude-
seite der „maßgebliche Außenlärmpegel“ bei offener Bebauung um mind.
5 dB(A) und bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um mind.
10 dB(A) gemindert ist. Entsprechend ist im vorliegenden Fall nicht aus-
zuschließen, dass es auch im rückwärtigen Bereich durch Verkehrslärm zu
Überschreitungen an den Fassaden kommen kann.

Die schalltechnische Untersuchung zeigt jedoch ergänzend, dass sich unter Berücksichtigung des geplanten fünfgeschossigen Vorderhauses im rückwärtigen Bereich deutlich niedrigere Schallimmissionen ergeben. So werden an den straßenabgewandten Fassaden des Vorderhauses bzw. an allen Fassaden des Hinterhauses die maßgeblichen Orientierungswerte am Tag und in der Nacht um mind. 10 dB(A) unterschritten. Des Weiteren wird im gesamten Freiflächenbereich der Orientierungswert für den relevanten Tagzeitraum unterschritten.

b) Geräuschemissionen, die sich aus dem Plangebiet auf die umliegende Nutzung auswirken:

Lediglich die innerhalb des Plangebiets vorgesehenen Stellplatzflächen können sich durch ihre Nutzung auf die umliegende schutzbedürftige Bebauung lärmrelevant auswirken. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass Parkplatzlärm in Wohnbereichen zu den Alltagserscheinungen zählt, sofern die Anzahl der Stellplätze dem Bedarf vor Ort entsprechen und ihre Lage als ortstypisch gilt. Im vorliegenden Fall ist die Lage der Stellplätze in der geplanten Anzahl nicht ortstypisch, so dass die von den geplanten Stellplätzen verursachten Lärmimmissionen schalltechnisch zu ermitteln sind.

Die Geräuschbelastung durch den Parkplatzlärm der geplanten privat genutzten Stellplatzflächen wird auf Grundlage der TA Lärm („Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“) bewertet. Die Ermittlung der Geräuschemissionen erfolgt konservativ nach dem „zusammengefassten Verfahren“ für die Parkplatzart „Wohnanlage, Parkplatz oberirdisch“ gemäß der Parkplatzlärmstudie des Bayrischen Landesamtes für Umwelt. Neben den Beurteilungspegeln für die maßgeblichen Beurteilungszeiträume Tag und Nacht werden auch die Richtwerte für kurzzeitige Geräuschspitzen auf Grundlage der Kriterien für Mindestabstände (Parkplatzlärmstudie) zwischen dem kritischen Immissionsort und dem nächstgelegenen Stellplatz zur Nachtzeit geprüft.

Die Berechnung des Stellplatzlärms auf Grundlage der Parkplatzlärmstudie führt außerhalb des Plangebiets in der maßgeblich kritischen Immissionshöhe (2. OG) zu Beurteilungspegeln in der Tagzeit von bis zu 49 dB(A) und in der Nachtzeit von bis zu 41 dB(A). Somit wird der Orientierungswert der DIN 18005 bzw. der Immissionsrichtwert der TA Lärm im Tagzeitraum um mind. 6 dB(A) unterschritten, zur Nachtzeit (lauteste Nachtstunde) jedoch um bis zu 1 dB(A) überschritten.

Des Weiteren werden die Geräuschspitzen während der Nachtzeit überschritten, da der Mindestabstand zur Vermeidung einer Konfliktsituation (28 m, Parkplatzlärmstudie) durch die Abstände zu den nächstliegenden schutzbedürftigen Wohnnutzungen um 10 bis 18 m unterschritten wird.

Im Plangebiet selbst führen die Stellplätze an der nächstgelegenen Fassade des Vorderhauses (Nordostfassade) zu Beurteilungspegel von 53 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts, am Hinterhaus (Nordwestfassade) zu 56 dB(A) tags und 48 dB(A) nachts, wobei es sich hier um eine Eigenverlärmung handelt.

c) Lärmpegelbereiche (LPB):

Um die Geräuschimmissionsbelastung im Plangebiet kenntlich zu machen und den Schutzanforderungen der im Plangebiet liegenden schutzwürdigen Nutzungen Rechnung zu tragen, werden im Schallgutachten allgemeingültige Anforderungen an den baulichen Schallschutz in Form von Lärmpegelbereichen (LPB) gemäß DIN 4109 („Schallschutz im Hochbau“) ermittelt. Dazu werden für das Plangebiet die maßgeblichen Außenlärmpegel für die kritische Geschosshöhe von 8,4 m (2. OG) bei freier Schallausbreitung ermittelt.

Sie ergeben sich im vorliegenden Fall aus dem Anlagenlärm (Stellplatzanlage) - und den um 3 dB erhöhten Verkehrslärmimmissionen (Straße) gemäß DIN 4109. Nach dieser DIN werden die Lärmpegelbereiche anhand der berechneten Geräuschimmissionen am Tag ermittelt und eine Differenz von 10 dB zum Nachtzeitraum unterstellt. Im Plangebiet beträgt aufgrund der Verkehrsgeräusche die Differenz zwischen Tag- und Nachtwert weniger als 10 dB, entsprechend erfolgt die Einteilung der Lärmpegelbereiche auf Grundlage der um 10 dB erhöhten resultierenden Außenlärmpegel zur Nachtzeit (22.00 – 06.00 Uhr).

Dementsprechend wurden im Plangebiet Außenlärmpegel von 51 dB(A) bis 74 dB(A) ermittelt. Die daraus resultierenden Lärmpegelbereiche (LPB) ergeben sich im vorliegenden Fall entsprechend der Norm zu LPB I bis V. Dabei überwiegen im rückwärtigen, weitaus größeren Bereich die LPB I – III. LPB IV und V ergeben sich benachbart zum Cyriaksring im Bereich des Vorderhauses.

d) Maßnahmen zum Schallschutz:

Aufgrund der Erkenntnisse aus den schalltechnischen Berechnungen sind - zur Gewährleistung des notwendigen Schutzanspruchs im und außerhalb des Plangebietes - Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Deshalb ist anhand der berechneten Geräuschimmissionen für die betrachteten Geräuschquellen zu prüfen, welche Maßnahmen in Frage kommen. Hierzu zählen neben aktivem und passivem Schallschutz auch planerische Maßnahmen (s. Nr. 5.7).

4.7 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

- Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 e BauGB):

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind abfallrechtliche Belange von der Planung nicht in besonderer Weise betroffen. Zum sachgerechten Umgang mit Abfällen werden daher keine Festsetzungen getroffen. Die allgemein gültigen Regelungen der abfallrechtlichen Gesetzgebung sind zu beachten.

- Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 h BauGB):

Zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Gewährleistung eines attraktiven Wohnumfelds sind Bäume zur Integration der Carport- und Stellplatzfläche und deren Randbereiche vorgesehen. Nutzungen, die zusätzlich die Luftqualität beeinträchtigen können, sind nicht geplant.

5 Begründung der Festsetzungen

Der Bebauungsplan sieht vor, den Baublock zwischen Cyriaksring, Laffertstraße und Juliusstraße durch einen Gebäudekörper mit an die Nachbarbebauung angepasster Gebäudehöhe zu ergänzen. Durch ein solches Bauungskonzept soll aus städtebaulichen Gründen der Blockrand des gründerzeitlichen Blocks geschlossen werden und damit der Blockinnenbereich besser vom Verkehrslärm des Cyriaksrings abgeschirmt werden. Die so aufgewertete, bislang gewerblich genutzte Fläche soll durch ein niedrigeres Wohngebäude mit zugeordneten Freiflächen bebaut werden.

Zur Festlegung der städtebaulichen Raumkanten der ergänzenden Blockbebauung werden Baulinien festgesetzt. Gemäß Festsetzung muss das Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet werden. Dieser Sachverhalt führt in Verbindung mit der Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen teilwei-

se zwingend zu geringeren, als den nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in ihrer derzeit geltenden Fassung vorgeschriebenen Abständen.

Mit diesen Festsetzungen orientiert sich die geplante Bebauung an den im westlichen Ringgebiet gängigen Abständen der Blockrandbebauung Braunschweiger Gründerzeitquartiere. Sie dient dazu, eine Gebäudebreite zu erzielen, die es ermöglicht, wirtschaftlich und funktional sinnvolle Wohngrundrisse unter besonderer Berücksichtigung kleiner Wohnungen (z. B. für studentische Wohnformen) umzusetzen.

5.1 Art der baulichen Nutzung

Der gesamte Bereich des Plangebietes ist als „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt.

Dadurch wird ermöglicht, dass hier ein Bereich entsteht, der vorwiegend dem Wohnen dient, in dem aber aufgrund seiner zentralen Lage im westlichen Ringgebiet auch andere mit einer Wohnnutzung zu vereinbarende und verträgliche Nutzungen untergebracht werden können. Dabei handelt es sich um Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, die sowohl im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 am Cyriaksring als auch im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 im Blockinnenbereich zugelassen werden. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind zusätzlich auch nicht störende Handwerksbetriebe zulässig.

Um Nutzungen zu verhindern, die die gewünschte städtebauliche Struktur des Gebietes gefährden und die Wohnqualität des näheren Umfeldes stören können, werden die gemäß § 4 (2) BauNVO zulässigen der Versorgung dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften und die gemäß § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Gartenbaubetriebe und Tankstellen ausgeschlossen. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes ist dieser Ausschluss auch hinreichend begründet, da eine Erschließung insbesondere für den ruhenden Verkehr für derartige Nutzungen kaum möglich ist und im weiteren Umfeld des Plangebietes ausreichend Standorte für derartige Betriebe bestehen. Der Ausschluss von Läden, Schank- und Speisewirtschaften erfolgt aufgrund der insbesondere in den Abendstunden zu erwartenden Störungen.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

5.2.1 Grundflächenzahl

Für die Wohngebiete WA 1 und WA 2 wird eine Grundflächenzahl von 0,4 entsprechend der Obergrenze des § 17 der Baunutzungsverordnung festgesetzt. Mit dieser Festsetzung wird eine städtebauliche Dichte erreicht, die zwar unterhalb der Dichte der umgebenden Gründerzeitarchitektur liegt, aber eine für die städtische Situation angemessene Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke mit den entsprechenden Spielräumen in der baulichen Gestaltung erlaubt.

Gemäß § 19 (4) Satz 2 BauNVO ist eine Überschreitung der zulässigen Grundflächen für Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, um bis zu 50 % zulässig. Dies wäre im vorliegenden Falle bei der maximal zulässigen GRZ für Allgemeine Wohngebiete eine Überschreitung bis zu einer GRZ von 0,6. Der Bebauungsplan WI 106 lässt demgegenüber eine Überschreitung bis zu einer GRZ von 0,8 zu. Dabei werden die Allgemeinen Wohngebiete WA 1 (Cyriaksring) und WA 2 (Blockinnenbereich) wie ein zusammenhängendes Baugebiet behandelt. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist die Versiegelung anteilig höher, im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 niedriger.

Gemäß § 19 (4) Satz 3 und 4 BauNVO sind Abweichungen von der maximal zulässigen Überschreitung möglich, wenn die Überschreitungen nur geringfügige Auswirkungen auf die natürlichen Funktionen des Bodens haben oder wenn die Einhaltung der Grenzen zu einer wesentlichen Erschwerung der zweckentsprechenden Grundstücksnutzung führen würde.

Auswirkungen auf die natürlichen Bodenfunktionen sind nicht zu erwarten. Die Flächen im Plangebiet sind aufgrund der vorhergehenden Nutzungen derzeit nahezu vollständig versiegelt. Mit Umsetzung der Planung ist sogar im Rahmen der vorgesehenen Entsiegelung im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 eine teilweise positive Auswirkung auf die Bodenfunktionen zu erwarten.

Die Einhaltung der Grenzen würde dazu führen, dass die vorgesehenen Baumaßnahmen nicht möglich wären. Die hohe Versiegelung ist im Wesentlichen auf das Gebäude am Cyriaksring und den daraus resultierenden Stellplatzbedarf zurückzuführen. Die Schließung der Baulücke am Cyriaksring ist ein wichtiges städtebauliches Ziel. Hier muss im Wesentlichen auf unversiegelte Freiflächen verzichtet werden, wie dies in Gründerzeitquartieren im Bestand häufig der Fall ist. Das im Blockinnenbereich geplante Gebäude verfügt hingegen über ausreichende unversiegelte Flächen.

Insgesamt ist damit die Abweichung von der maximal zulässigen Überschreitung der Grundflächenzahl gemäß § 19 (4) Satz 2 BauNVO in diesem Fall vertretbar, da durch diese Festsetzung keine Versiegelungen über das bisherige Maß stattfinden werden. Öffentliche Belange stehen der Überschreitung in keiner erkennbaren Weise entgegen. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse – innerhalb und außerhalb des Plangebietes - werden durch diese Festsetzung nicht in Frage gestellt. Nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt und die Bedürfnisse des Verkehrs sind nicht zu befürchten. Mit dieser Festsetzung wird darüber hinaus dem Belang des flächensparenden Bauens im Rahmen der Nachverdichtung Rechnung getragen.

5.2.2 Geschossflächenzahl

Die Geschossflächenzahl in dem Wohngebiet WA 1 beträgt 1,4. Damit soll planerisch die Möglichkeit einer Schließung der Blockrandbebauung auf der vorderen Baukante des Cyriaksring durch ein sich an der Höhe der benach-

barten Bebauung orientierenden fünfgeschossigen Gebäude vorbereitet werden.

Die Geschossflächenzahl in den Wohngebieten WA 2 beträgt 0,8. Dies entspricht der geplanten Bebauung mit einem maximal zweigeschossigen Mehrfamilienhaus.

5.2.3 Zahl der Vollgeschosse

Die Zahl der Vollgeschosse in den Wohngebieten WA 1 beträgt weitgehend zwingend fünf Vollgeschosse. Diese Festsetzung orientiert sich an der benachbarten Blockrandbebauung und entspricht der geplanten Art der baulichen Nutzung. Die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse im Blockinnenbereich (WA 2) orientiert sich mit höchstens zwei Vollgeschossen an einer aufgrund der Abstandsflächen zur Blockrandbebauung hier vorzugebenden Bebauungsmöglichkeit.

5.2.4 Höhen baulicher Anlagen

Ziel der Festsetzung der Trauf- und Firsthöhe der baulichen Anlagen im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist die städtebauliche und optische Integration der ergänzenden Gebäudekörper in den Bestand des Blockrands durch die Ausbildung einer einheitlichen Raumkante zum Cyriaksring. Auf der Baulinie des WA 1 werden eine Mindesttraufhöhe 14,3 m und eine Maximalhöhe 15,3 m festgesetzt. Die Mindestfirsthöhe beträgt 17,0 m und darf maximal 18,0 m über dem Bezugspunkt liegen. Um eine bauliche Flexibilität bei dem Neubau zu ermöglichen, wird die Marge von 1,0 m zwischen Minimal- und Maximalhöhe zugelassen.

Dabei entstehen zwischen dem den Blockrand schließenden Gebäudekörper und den benachbarten Bestandsgebäuden Bereiche mit deutlichen Unterschreitungen von Abstandsflächen gemäß NBauO. Diese sind im Hinblick auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu überprüfen. Hierbei fließen die Aspekte Durchlüftung und Besonnung beziehungsweise Verschattung ein.

Vor dem Hintergrund der gut funktionierenden Bestandssituation wird dabei eine Unterschreitung der seitlichen Abstandsflächen in Kauf genommen.

Eine Wohnung gilt nach der DIN 5034-1 (1999) als ausreichend besonnt, wenn in ihr mindestens ein Wohnraum ausreichend besonnt wird. Bei der Beurteilung der Besonnungssituation ist zu berücksichtigen, dass für städtebauliche Planungen keine rechtsverbindlichen Grenz- oder Richtwerte hinsichtlich der Besonnungsdauer existieren. Die Rechtmäßigkeit der konkreten planerischen Lösung beurteilt sich ausschließlich nach den Maßstäben des Abwägungsgebots und der Verhältnismäßigkeit. Dabei sind unterschiedliche Interessen und Belange zu beurteilen, zu gewichten und sachgerecht abzuwägen.

In der aktuellen Rechtsprechung wird die Ansicht vertreten, dass die allgemeinen Anforderungen an die Besonnung für Wohnungen als gewahrt gel-

ten, wenn am 21. März / 21. September eine Besonnung von ca. zwei Stunden gegeben ist.

Die eingeschränkten Belichtungsverhältnisse sind im innerstädtischen Raum im Rahmen einer Nachverdichtung mit dem Ziel, gut erschlossene Flächen zu nutzen und Wohnraum zu schaffen, nicht ungewöhnlich. Im Rahmen einer Studie zur Besonnung (vergleiche Sonnenstudie Meißner Architekten, 2016) wurde untersucht, ob die Besonnungsdauer der Hofseite diesem Kriterium entspricht. Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass die Hofseite des nördlich anschließenden Bestandsgebäudes am 21. März / 21. September durch Verschattung aus der gegenüberliegenden Blockbebauung lediglich von 8.30 bis 10.30 Uhr 2h besonnt wird. Dieser Zeitraum wird durch die geplante Bebauung nur unwesentlich auf einen Zeitraum von 8.30 bis 10.00 Uhr eingeschränkt. Eine ausreichende Besonnung ist durch die zum Cyriaksring orientierten Fenster gewährleistet. Da die angestrebte Bebauung eine städtebauliche Verbesserung insbesondere im Sinne der Sanierungsziele darstellt, sowie neuen Wohnraum schafft, werden die Beeinträchtigungen durch die geringere Besonnung erkannt, die städtebauliche Bedeutung des Neubaus in der Abwägung jedoch höher gewertet, da die Beeinträchtigungen als noch hinnehmbar einzustufen sind. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse bleiben auch mit dem Vorhaben gewahrt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass zum Hof orientierte Wohnungen im nördlich benachbarten Gebäude in der Bestandssituation bereits so verschattet werden, dass am 17. Januar keine direkte Besonnung ist, jedoch kann selbst mit der geplanten Bebauung in diesen Fällen für die zum Hof orientierten Wohnungen zur Tag-Nacht-Gleiche (21. März) eine Besonnungsdauer von nahezu 2 Stunden erreicht werden. Die zum Cyriaksring orientierte südwestliche Fassadenseite des Nachbargebäudes bleibt von der Planung unberührt.

In Hinblick auf die Durchlüftung zeigen sich keine signifikanten Änderungen für die Bestandsbebauung durch das ergänzte Gebäude im Vergleich zur Bestandssituation. Eine Sicherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse kann somit gewährleistet werden.

In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind nur Gebäude mit Flachdächern zulässig. Es wird eine maximale Gebäudehöhe von 6,50 m festgesetzt, um eine Einschränkung der Belichtung und Besonnung von benachbarten Bestandsgebäuden auszuschließen. Diese Höhen bieten ausreichend Spielraum für eine Bebauung mit zwei Vollgeschossen einschließlich eines Sockels.

5.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise, Anzahl der Wohneinheiten

Zur Sicherung der oben ausgeführten städtebaulichen Struktur ist es erforderlich, die überbaubaren Grundstücksflächen im Bereich der ergänzenden Blockbebauung über Baulinien zu definieren. Dies führt dazu, dass bauordnungsrechtlich notwendige Vorgaben von Abstandsflächen gemäß NBauO nicht eingehalten werden können. Die Einhaltung dieser Baulinien ist jedoch zur Umsetzung der gewünschten Bau- und Raumstrukturen unabdingbar.

Unter Einhaltung der bauordnungsrechtlich erforderlichen Abstandsflächen wäre eine Schließung der Blockrandbebauung nicht umzusetzen.

Die Baulinie entlang des Cyriaksrings sichert planerisch die bestehenden und prägenden Raumkanten der Blockrandbebauung. Vorsprünge an der straßenbegleitenden Fassade werden zugelassen. Hierdurch wird die gewünschte städtebauliche Raumkante nicht aufgelöst, sondern die einzelnen Baukörper erhalten ablesbare Gliederungen.

Aufgrund des Zuschnitts des Grundstücks am Cyriaksring mit einer Breite von teilweise lediglich ca. 11,0 m werden in diesem Bereich Baulinien bezogen auf die Geschosse festgesetzt, um eine sinnvolle Bebauung des Grundstücks überhaupt zu ermöglichen.

Um in den Obergeschossen Öffnungen von Nebenräumen anordnen zu können, erfolgt auf der Nordwestseite ab dem 1. OG ein Rücksprung auf 5,0 m zur Nachbarbebauung, der wegen Unterschreitung des Mindestgrenzabstandes ebenfalls durch die Festsetzung einer Baulinie gesichert wird. Innerhalb dieses Bereiches sind je Geschoss 3 Belichtungs- und Belüftungsöffnungen für Bäder und Treppenhaus gemäß Vorhabenplan vorgesehen.

Die Ausbildung eines Dachgeschosses erfordert eine Belichtung durch Dachöffnungen. Dachgauben sind dabei u.a. aus Gründen der Erkennbarkeit einer zusammenhängenden Dachfläche nicht geplant. Deshalb wird im Dachgeschoss ein Zurückweichen von den Baulinien um mindestens 1,50 m an der Straßenseite und an der Hofseite zugelassen. Von den seitlichen Baulinien darf zur Straßenseite um mindestens je 1,75 m und zur Hofseite um je mindestens 1,00 m zurückgewichen werden.

Zum Cyriaksring nimmt ein erkerartiger Vorbau im 2. bis 5. Geschoss ein Gestaltungselement der benachbarten Gebäude Cyriaksring 56-58 auf. Eine lichte Höhe von mindestens 2,50 m über dem Bezugspunkt ist hier einzuhalten. Für die Fläche dieses Vorbaus wird eine Baugrenze festgesetzt.

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist eine Überschreitung der Baugrenzen durch Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Kellerlichtschächte und Balkone um bis zu 1,00 m zulässig. Die Summe der Überschreitung darf insgesamt die Hälfte der jeweiligen Fassadenseite nicht überschreiten. Damit werden Möglichkeiten der gestalterisch flexiblen Ausnutzung geboten.

5.4 Garagen und Stellplätze

Im Blockinnenbereich wird eine Fläche für Stellplätze festgesetzt. Hier können bis zu 17 Stellplätze untergebracht werden. Die konkrete Zahl bauordnungsrechtlich notwendiger Stellplätze wird im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der Textlichen Festsetzungen zur Anzahl notwendiger Einstellplätze ermittelt (s. Textliche Festsetzungen B IV, Begründung 5.9.6). Auf dieser Fläche für Stellplätze sind keine Garagen zulässig. Eine Garagenanlage würde – im Gegensatz zu einer begrünten und insgesamt offeneren Stellplatzanlage – zu einer zu starken Überbauung die-

ses Blockinnenbereiches führen und damit den Sanierungszielen widersprechen.

Außerhalb dieser festgesetzten Fläche für Stellplätze und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind Stellplätze unzulässig; auch Garagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig. Damit wird eine weitere Versiegelung der Freiflächen im Plangebiet vermieden.

5.5 Öffentliche Verkehrsflächen

5.5.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV

Die Erschließung des geplanten Baugebietes erfolgt derzeit mit den Buslinien M19/ M29 und 443 über die in ca. 150 m Entfernung gelegene Bushaltestelle Helenenstraße am Cyriaksring. Außerdem sind die Stadtbahnhaltestelle Linie M3 und M5 und die Bushaltestelle mit den Buslinien M19/ M29, 443 und 461 an der Kreuzung Cyriaksring/Luisenstraße in ca. 250 m Entfernung erreichbar. Damit ist das geplante Baugebiet sehr gut an das Netz des ÖPNV angeschlossen.

5.5.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV

Für den Individualverkehr besteht mit dem Cyriaksring eine gute Anbindung an wichtige Ausfall- und Verbindungsstraßen. Die Straßenverkehrsflächen sind ausreichend leistungsfähig, um den aus der Entwicklung des Plangebiets resultierenden Kfz-Verkehr abzuwickeln.

Die Zufahrt zur Stellplatzanlage erfolgt vom Cyriaksring.

5.5.3 Fuß- und Radverkehr

Der Fahrradabstellbereich befindet sich zwischen dem Gebäude am Cyriaksring und der Stellplatzanlage.

5.6 Grünordnung, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Die grünordnerischen Festsetzungen dienen ausschließlich der Eingriffsminimierung und der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im begrünten Innenbereich.

Zum Schutz und zur Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen auch im städtischen Umfeld und zur Gewährleistung eines attraktiven Wohnumfelds sind insbesondere folgende Maßnahmen aus Sicht der Grünordnung zu nennen:

- Begrünung der Stellplatzanlage durch Laubbäume und durch eine Schnitthecke aus Laubgehölzen (in Abschnitten ohne Lärmschutzanlage),
- Einfriedung am Cyriaksring als Schnitthecke,
- extensive Begrünung der Flachdächer auf dem Hofgebäude,

- gärtnerische Gestaltung der nicht überbauten Flächen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung gemäß Vorhabenplan bzw. gemäß § 9 Abs. 2 NBauO erforderlich sind.

5.7 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes - Immissionsschutzgesetzes

Das Plangebiet soll als Allgemeines Wohngebiet mit einem fünfgeschossigen Gebäude entlang des Cyriaksring und im rückwärtigen Bereich mit einem zweigeschossigen Gebäude sowie Stellplatzflächen entwickelt werden.

Aufgrund der Erkenntnisse aus den schalltechnischen Berechnungen sind zur Gewährleistung des notwendigen Schutzanspruchs im und außerhalb des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Auf das Plangebiet selbst wirkt nur der Straßenverkehrslärm der umliegenden Straßen ein.

Durch die Straßenverkehrslärmimmissionen aus dem öffentlichen Straßenverkehr werden im Plangebiet die für Allgemeine Wohngebiete maßgeblichen Orientierungswerte (OW) der DIN 18005 zur Tagzeit um bis zu 15 dB(A) und zur Nachtzeit um bis zu 18 dB(A) überschritten und erreichen bzw. überschreiten mit 70 dB(A) tags/ 63 dB(A) nachts somit die von der Rechtsprechung entwickelten Grenzen der Gesundheitsgefährdung von 70 dB(A) tags/ 60 dB(A) nachts. Dabei ist der Verkehr auf dem Cyriaksring pegelbestimmend, so dass sich die Überschreitungen auf die dem Cyriaksring zugewandte Westfassade des Vordergebäudes (WA 1) beschränken. Im rückwärtigen Bereich und an den der Straße abgewandten Fassaden werden hingegen die Orientierungswerte deutlich unterschritten (s. a. Nr. 4.6 a); entsprechend sind an diesen Fassaden keine weitergehenden Maßnahmen bzgl. des Verkehrslärms vorzunehmen.

Bei dem Vorhaben handelt es sich bzgl. des Vorderhauses um einen baulichen Lückenschluss in einer bestehenden straßenbegleitenden Gebäudeformation, so dass in diesem Einzelfall die hohen Überschreitungen städtebaulich vertretbar sind, zumal sie sich lediglich auf die straßennahe Fassade beschränken.

Aktive Schallschutzmaßnahmen, wie z. B. die Errichtung einer Lärmschutzwand (LSW), sind aufgrund der baulichen Struktur und für einen Schutz der oberen Geschosse nicht zielführend. Zudem würde sich eine Lärmschutzwand in diesem Bereich auf das städtebauliche Umfeld und das Stadtbild negativ auswirken.

Auch planerische Maßnahmen, wie z. B. Quellabstandsfestsetzungen, können aufgrund der bestehenden baulichen Gegebenheiten nicht umgesetzt werden. Ebenso ist im Vorderhaus aufgrund der geplanten Realisierung von 1-Zimmerwohnungen eine Grundrissorientierung zur Nutzung der Eigenabschirmung des Gebäudes nicht sinnvoll umsetzbar.

Entsprechend sind hier zur Sicherstellung gesunder Wohnverhältnisse weiterführende Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen (s. u.).

Innerhalb des Plangebiets stellen lediglich die vorgesehenen Stellplatzflächen eine relevante Emissionsquelle dar.

Während durch die Nutzung der Stellplatzanlage zur Tagzeit der Orientierungs- (DIN 18005) bzw. Immissionsrichtwert (TA Lärm) an der umliegenden schutzbedürftigen Bebauung deutlich unterschritten wird, führt die Nutzung in der Nacht zu einer Überschreitung von bis zu 1 dB(A). Des Weiteren führen auch die kurzzeitigen Geräuschspitzen in der Nachtzeit zu Überschreitungen; dies begründet sich in den geringen Abständen zur bestehenden Wohnbebauung (vgl. Nr. 4.6).

Eine effektive Schallschutzmaßnahme zur dauerhaften Abschirmung der Geräuschimmissionen und zur Vermeidung von Störungen durch kurzzeitige Geräuschspitzen stellen massiv ausgeführte Lärmschutzwände dar. Im vorliegenden Fall kann der notwendige Schallschutz in der Nachbarschaft sichergestellt werden, wenn ein Teil der Stellplätze mit 1,8 m hohen Lärmschutzwänden und einer Auskragung um 0,2 m vertikal und 1,0 m horizontal zum Stellplatz hin bis zu einer Gesamthöhe von 2,0 abgeschirmt werden. Eine entsprechende Festsetzung wurde getroffen.

Des Weiteren wurde zur Vermeidung von unerwünschten Reflexionseffekten eine Schalldämmung der Durchfahrt im Bereich des Vorderhauses mit einem Mindestabsorptionsgrad von $\alpha_w = 0,95$ festgesetzt. Hierzu sind u. a. Holzwolle-Leichtbauplatten („Sauerkrautplatten“) geeignet.

Der Nachweis zur Umsetzung der erforderlichen Schallminderungsmaßnahmen ist mittels geeigneter nachvollziehbarer Bauvorlagen, zugehörig zur Bauanzeige/ zum Bauantrag, zu erbringen bzw. der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.

Von diesen Festsetzungen kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn nachgewiesen wird, dass die erforderliche Lärminderung auf andere Weise gewährleistet ist.

Um die vorhandene Geräuschimmissionsbelastung im Plangebiet kenntlich zu machen und den Schutzanforderungen der geplanten Wohngebäude Rechnung zu tragen, wurden Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 („Schallschutz im Hochbau“) ermittelt. Sie ergeben sich im vorliegenden Fall entsprechend der Norm zu LPB I bis V. Dabei überwiegen im rückwärtigen, weitaus größeren Bereich die LPB I - III. LPB IV und V ergeben sich benachbart zum Cyriaksring im Bereich des geplanten Vorderhauses (vgl. Nr. 4.6 c).

Entsprechend werden in den relevanten Bereichen des Plangebietes folgende Lärmpegelbereiche nach DIN 4109 („Schallschutz im Hochbau“) in den Festsetzungen aufgeführt und gekennzeichnet:

Maßgeblicher Außenlärmpegel in dB(A)	Lärmpegelbereich
bis 55	I
56 - 60	II
61 - 65	III
66 - 70	IV
71 - 75	V

Aus den Lärmpegelbereichen resultieren die erforderlichen Bauschall-dämmmaße ($R'_{w,res}$) zur Sicherstellung gesunder Wohnverhältnisse innerhalb von Gebäuden. Durch die Kenntlichmachung der Lärmpegelbereiche im Bebauungsplan können sich Ansiedlungswillige auf die vorhandene Lärmsituation einstellen und in Anwendung der DIN 4109 i. V. m. der VDI 2719 („Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen“) für eine geeignete Schalldämmung der Umfassungsbauteile inklusive der Fenster und deren Zusatzeinrichtungen (z. B. Lüftungseinrichtungen) sorgen (passive Schallschutzmaßnahme).

Vorderhaus:

Zum einen ist beim Vorderhaus aufgrund der geplanten Realisierung von Einzimmerwohnungen eine Grundrissorientierung zur Nutzung der Eigenabschirmung des Gebäudes nicht sinnvoll umsetzbar. Des Weiteren ist lt. DIN 18005 („Schallschutz im Städtebau“) bei Beurteilungspegeln über 45 dB(A) selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich.

Grundsätzlich liegt der „Schwachpunkt“ der Fassaden hinsichtlich Schalldämmung bei den Fenstern, deren Dämmung nur in geschlossenem Zustand entsprechend ihrer Schallschutzklasse wirksam wird. Gekippte Fenster weisen – unabhängig von ihrer Schallschutzklasse - ein Schalldämmmaß von nur etwa 15 dB auf. Um einen ungestörten Nachtschlaf zu sichern, ist ab Beurteilungspegel von 45 dB(A) die Lüftung von Schlaf-räumen bzw. von zum Schlafen geeigneter Räume unabhängig von geöffneten Fenstern zu sichern. Da an der Westfassade des Vorderhauses maßgebliche Außenlärmpegel von bis zu 74 dB(A) ermittelt wurden, wird entsprechend der Einbau kontrollierter Be- und Entlüftungsanlagen für diese Räume festgesetzt.

Ebenso wurde aufgrund der hohen Belastung an der Südwestfassade die Festsetzung getroffen, dass die Außenwohnbereiche des Vorderhauses auf den dem Cyriaksring abgewandten Gebäudeseiten anzuordnen ist. Alternativ können unter Nachweis, dass der erforderliche Schallschutz (Einhaltung des Orientierungswertes zur Tagzeit) eingehalten wird, auch an der Südwestfassade Außenwohnbereiche verwirklicht werden. Als adäquate Abschirmmaßnahme könnte z.B. eine Schallschutzverglasung („Wintergarten“) sinnvoll sein.

Hinterhaus:

Im rückwärtigen Bereich wurden großflächig die LPB I – III ermittelt. Durch die aktuell übliche Bauweise und der im Allgemeinen einzuhaltenden Bestimmungen (Energieeinsparungsverordnung – EnEV) ergeben sich bis Lärmpegelbereich II keine weiteren Auflagen an die Außenbauteile, weil mit den bestehenden baulichen Standards diese Anforderungen sicher eingehalten werden.

Bzgl. der Bereiche mit LPB III kann ergänzend davon ausgegangen werden, dass in diesem Bereich der maßgebliche Außenlärmpegel ohne besonderen Nachweis aufgrund der Bauweise entlang des Cyriaksring bzw. aufgrund der geschützten Innenhofsituation um 10 dB(A) gemindert wird (DIN 4109). Somit ergeben sich am Hinterhaus und dessen Außenwohnbereiche keine zusätzlichen Anforderungen an den Schallschutz.

Die Ermittlung bzw. Dimensionierung der o. g. notwendigen Schallschutzmaßnahmen ist unter Berücksichtigung der Gebäudegeometrie vorzunehmen und mittels geeigneter nachvollziehbarer Bauvorlagen, zugehörig zur Bauanzeige/ zum Bauantrag, zu erbringen bzw. der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.

Sollte im Einzelfall von den Festsetzungen abgewichen werden, ist ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Orientierungswerte auf Grundlage der schalltechnischen Rechenvorschrift RLS-90 „Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen“ unter Berücksichtigung der vorgenommenen Lärminderungsmaßnahmen vorzunehmen.

5.8 Weitere technische Infrastruktur

Die Schmutzwasserentsorgung und Regenwasserentsorgung erfolgt durch Einleitung in die Kanalisation.

Die Versorgungsleitungen für Gas, Wasser, Strom und Telekommunikation werden über den Cyriaksring herangeführt.

Zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen sind nicht erforderlich.

5.9 Örtliche Bauvorschriften

5.9.1 Geltungsbereich und Anlass

Der Geltungsbereich für die Gestaltungsfestsetzungen umfasst das Allgemeine Wohngebiet WA 1, da die Ausgestaltung der Bebauung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt.

Hauptziel der städtebaulichen Planung ist es, eine für die zentrale Lage in dem von gründerzeitlicher Bebauung geprägten Sanierungsbereich des Westlichen Ringgebietes angemessene hochwertige und homogene Gestaltung des Baugebietes zu gewährleisten. Auf das Gesamterscheinungsbild des innerörtlichen Gefüges muss daher besonderer Wert gelegt werden.

Für das Erscheinungsbild des Baugebietes sowie die Eingliederung in die vorhandene Bebauung sind auch die Dachform und die Farbe der Dachdeckung von Bedeutung. Unter Wahrung der Grundsätze einer geordneten städtebaulichen Entwicklung bestehen im Rahmen dieser Bauvorschriften ausreichende Variationsmöglichkeiten, die den unterschiedlichen Gestaltungswünschen der Bauherren Rechnung tragen.

5.9.2 Dächer

Ein herausragendes Gestaltungselement für das Stadtgebiet ist das Dach. Vor allen Dingen seine Form, Farbe und sein Volumen prägen das Gesamtbild weithin sichtbar.

In der Abwägung sind ein harmonisches Einfügen der baulichen Anlagen, eine städtebauliche Vielfalt sowie der Wunsch nach möglichst großer Baufreiheit zu berücksichtigen. Deshalb werden Dachform, Dachneigung, Richtung der Dächer und Material und Farbe vorgegeben. Es ist davon auszugehen, dass das Gestaltungskonzept des Vorhabenträgers umgesetzt wird.

a) Dachformen

Um bei individueller Vielfalt ein einheitliches Gesamtbild zu erzielen, sind gewisse gestalterische Festsetzungen für die Ausbildung eines Satteldaches zu treffen. So sind gewisse maßliche Abhängigkeiten einzuhalten, wie die Festsetzung von Trauf- und Firsthöhen mit symmetrischer Neigung. Der First ist parallel zur Traufe auf gleicher Höhe anzuordnen. Die Trauflinie ist ununterbrochen auszuführen.

b) Dachneigung

Für die Zulässigkeit der Dachneigung wird ein möglichst großer Rahmen gesetzt. So dürfen geneigte Dächer Neigungen von 25° bis 45° aufweisen. Individuellen Wünschen nach einem großen und ausbaufähigen oder einem kleinen Dachraum wird im Rahmen der Festsetzung der maximalen Trauf- und Firsthöhen somit entsprochen.

c) Richtung der Dächer und baulichen Anlagen

Um eine harmonische Dachlandschaft zu gewährleisten, wird die Stellung der baulichen Anlagen durch Festsetzung so geregelt, dass sie in einem orthogonalen Rhythmus stehen. Geringfügige Abweichungen bis maximal 5 Grad sind möglich.

d) Material und Farbe

Das Satteldach trägt wesentlich zu dem Erscheinungsbild des Baugebietes bei. In Anlehnung an die örtliche Farbgebung wird im gesamten Plangebiet eine Pfannendeckung in roten bis braunen Farbtönen festgesetzt. Der festgesetzte Farbfächer lässt einen ausreichend großen Gestaltungsspielraum zu. Im Ringgebiet untypische hochglänzende Dachpfannen werden ausgeschlossen.

5.9.5 Einfriedungen

Im Sinne eines homogenen Erscheinungsbildes sind als Einfriedungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen im Geltungsbereich nur Schnitthecken aus heimischen Laubgehölzen (z.B. Hainbuche, Rotbuche, Weißdorn) bis zu einer Höhe von 0,80 m zulässig. Die Kombination mit einem Maschendrahtzaun ist zulässig.

Diese Festsetzung bewirkt ein einheitliches Straßenbild, ermöglicht Blickbeziehungen zwischen privaten und öffentlichen Räumen und vermeidet das Entstehen einer Tunnelwirkung in der öffentlichen Straße.

5.9.6 Einstellplätze

Die „Richtlinien für den Einstellplatzbedarf“ (Ausführungsbestimmungen zu § 47 NBauO, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen und Gesundheit, 2008/2013) sehen für Mehrfamilienhäuser 1 bis 1,5 Einstellplätze je Wohnung und 1 bis 2 Einstellplatz je Einfamilienhaus vor. Gemäß § 84 (1) Nr. 2 NBauO kann die erforderliche Anzahl notwendiger Einstellplätze auch abweichend von diesem grundsätzlichen Schlüssel festgelegt werden.

Der geforderte Nachweis der Einstellplätze soll dabei einen angemessenen Bedarf berücksichtigen, der auf die lokalen Gegebenheiten und die Örtlichkeit entsprechend ausgerichtet ist. Bei der Bemessung der Anzahl notwendiger Einstellplätze ist grundsätzlich von dem Bedarf auszugehen, der typischerweise durch die zu genehmigende bauliche Anlage und deren Nutzung ausgelöst wird.

Für die geplante Wohnbebauung wird festgesetzt, dass für Gebäude mit mehr als 1 Wohnung 1,0 Einstellplätze je Wohnung hergestellt werden müssen. Für Kleinwohnungen von maximal 40 m² Wohnfläche gemäß Wohnflächenverordnung sind mindestens 0,5 Einstellplätze je Wohnung herzustellen.

Diese Festsetzung berücksichtigt die Lage der Bauflächen im verdichteten Stadtgebiet mit einer guten Anbindung an den ÖPNV. Die Innenstadt ist sowohl zu Fuß als auch mit dem Fahrrad gut erreichbar. Auch Erholungsflächen (Westbahnhof mit Ringgleisweg, Westpark, Bürgerpark, Wallring) sind gut erreichbar.

Deshalb ist in Mehrfamilienhäusern der Nachweis eines Einstellplatzes je Wohnung ausreichend. Für Kleinwohnungen mit einer Wohnfläche von unter 40 m² wird dieser Schlüssel auf 0,5 Einstellplätze je Wohnung reduziert. Kleinwohnungen werden vorwiegend von Personengruppen wie Studenten, Senioren oder Personen mit geringem Haushaltsbudget nachgefragt, für die grundsätzlich eine geringere Pkw-Verfügbarkeit anzunehmen ist. Deshalb ist für solche Wohnungen – unter Berücksichtigung der innenstadtnahen Lage – der geringere Schlüssel als ausreichend anzusehen.

Die bauordnungsrechtlich notwendigen Einstellplätze sind auf dem Baugrundstück unterzubringen. Die erforderliche Anzahl wird im Rahmen des Bauantragsverfahrens unter Berücksichtigung der konkret geplanten Wohnungsgrößen festgelegt.

Der Bebauungsplan setzt im Blockinnenbereich eine Fläche fest, auf der bis zu 17 Stellplätze untergebracht werden können. Außerhalb der hierfür festgesetzten Fläche sind Stellplätze unzulässig.

6 Gesamtabwägung

Mit den Planungen zum Bebauungsplan „Cyriaksring 55“ soll eine Umnutzung von gewerblich genutzten Flächen im vom Wohnen dominierten Blockinnenbereich und die Schließung der Blockrandbebauung ermöglicht werden. Das Plangebiet in der Nähe der Kernstadt Braunschweigs mit einem attraktiven Umfeld ist für die Entwicklung eines Wohngebietes gut geeignet. Damit reagiert die Planung auf die anhaltend hohe Nachfrage nach zentrumsnahen Wohnungen in den Stadtteilen Braunschweigs. Die Bebauung ist geeignet, eine nachhaltige Sicherung der vorhandenen privaten und öffentlichen Infrastruktur- und der Versorgungsangebote zu unterstützen.

Das festgesetzte Maß an Versiegelung im Bereich des Hinterhauses ermöglicht an Stelle des derzeit nahezu vollflächig versiegelten Bestands ein durchgrüntes Wohngrundstück und eine gebietstypische Wohnsituation bei zukünftig verringerter Versiegelung der Flächen.

Die aus dem Thema Lärm resultierenden Konflikte werden durch entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan gelöst (vgl. Nr. 5.7).

Das Plangebiet wird vorrangig durch Verkehrslärm des Cyriaksrings beeinträchtigt. Diesem kann mit passiven Schallschutzmaßnahmen am Vorderhaus begegnet werden. Für das Hinterhaus ergeben sich hingegen aufgrund der vorgesehen Lückenschlussbebauung am Cyriaksring und der geschützten Innenhofsituation keine zusätzlichen Anforderungen an den Schallschutz. Des Weiteren kommt es durch die im Plangebiet vorgesehene Stellplatznutzung zur Nachtzeit zu Beeinträchtigungen an der Bestandsbebauung. Durch quellnahe aktive Schallminderungsmaßnahmen im Stellplatzbereich werden diese negativen Auswirkungen auf die umgebene Bestandsbebauung vermieden.

Die im innerstädtischen Raum eingeschränkten Belichtungsverhältnisse sind im Rahmen einer Nachverdichtung mit dem Ziel, gut erschlossene Flächen zu nutzen und Wohnraum zu schaffen, nicht ungewöhnlich. Im Rahmen einer Studie wurde untersucht, ob die allgemeinen Anforderungen an die Besonnung für Wohnungen durch die ergänzenden baulichen Anlagen gewahrt werden. Mit einer Besonnungsdauer von nahezu 2 Stunden am 21. März / 21. September der Fenster zum Hof kann dies als weitgehend gesichert gelten. Die Südwestseite ist davon unbeeinflusst, daher ist eine ausreichende Besonnung der Wohnungen gewährleistet.

Aus den genannten Gründen ist in der Gesamtabwägung die vorgesehene Planung mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, den sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen vereinbar und gewährleistet eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung. Insbesondere sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die Eigentumsbildung, die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung, die Fortentwicklung vorhandener Ortsteile sowie die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Planung miteinander gerecht abgewogen worden.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

Allgemeines Wohngebiet	0,12 ha	100 %
Plangebiet insgesamt	0,12 ha	100 %

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

8.1 Maßnahmen

Weitergehende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

8.2 Kosten und Finanzierung

Das Baugebiet wird durch einen Investor entwickelt, der auch die Kosten für die aus dem Baugebiet begründeten Maßnahmen übernimmt. Im Rahmen des abzuschließenden Durchführungsvertrages wird der Vorhabenträger verpflichtet, die Kosten zu übernehmen. Der Stadt entstehen daher keine weiteren Kosten.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff BauGB sind für den Bebauungsplan nicht erforderlich.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Cyriaksring 55**WI 106**

Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Ort: „Schwedenheim“, Hugo-Luther-Straße 60

Zeit: 21. Juli 2015, 18.00 Uhr - 19.30 Uhr

Teilnehmer: ca. 50 Bürgerinnen und Bürger

Herr Bartels, Abteilung Stadtplanung
 Frau Görlich, Abteilung Stadtplanung, Stadtsanierung
 Frau Schwarzer, Abt. Stadtplanung, Stadtsanierung
 Herr Meißner, Planungsbüro Meißner Architekten

Zur Information wurden folgende Pläne gezeigt:

- Übersichtskarte
- Vorhaben- und Erschließungsplan, Entwurf, Stand: 19.05.2015
- Ansichten mit schematischer Darstellung der Nachbarbebauung

Herr Bartels eröffnet um 18.00 Uhr die Veranstaltung und begrüßt die Anwesenden. Er begrüßt insbesondere Herrn Rosenbaum als Vorhabenträger. Herr Bartels erläutert die Verfahrensschritte des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens. Im Bebauungsplanverfahren werden mit dieser Bürgerbeteiligung die Bürger frühzeitig über die Ziele und Zwecke der Planung unterrichtet.

Das Grundstück Cyriaksring 55 liegt im förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet „Westliches Ringgebiet/ Soziale Stadt“ mit dem Teilabschnitt „Juliusstraße/ Schöttlerstraße“. Sanierungsziel ist die Verbesserung der Wohnumfeldsituation und passive Lärmschutzmaßnahmen für die an Cyriaksring und Luisenstraße angrenzenden Wohngebäude.

Die Träger öffentlicher Belange werden vor der Auslegung beteiligt. Die öffentliche Auslegung stellt die zweite Stufe der Bürgerbeteiligung dar.

Herr Meißner erläutert anschließend den Bebauungsplanentwurf. Dem Auftrag aus der Politik vom Dezember 2013 folgend hat das Planungsbüro in Abstimmung mit der Verwaltung einen Vorentwurf erarbeitet, der die Zielsetzungen für das Verfahren schematisch darstellt.

Der Bebauungsplanentwurf sieht vor, den Baublock zwischen Cyriaksring, Laffertstraße und Juliusstraße durch einen fünfgeschossigen Gebäudekörper mit an die Nachbarbebauung angepasster Gebäudehöhe auf der vorderen Baukante des Cyriaksrings zu ergänzen. In dem Gebäude sollen im Erdgeschoss ein Versammlungsraum und 1 1-Zimmer-Apartment, in den Normalgeschossen 13 1 -1 ½-Zimmer-Apartments und im Dachgeschoss 2 1-Zimmer-Apartments entstehen. Zur Festle-

gung der städtebaulichen Raumkanten muss das Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet werden.

Die bislang gewerblich genutzte Fläche soll durch ein zweigeschossiges Hofgebäude mit fünf Wohnungen und zugeordneten Freiflächen errichtet werden. Weiterhin sollen im Innenhof die notwendigen Stellplätze untergebracht werden. Die verkehrliche Erschließung dieser erfolgt durch eine Zu- und Ausfahrt am Cyriaksring.

Zum Schutz und zur Vorbeugung vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch die im Plangebiet vorgesehene Stellplatznutzung im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wurde im Rahmen des Aufstellungsverfahrens eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt. Danach kommt es zur Nachtzeit zu Beeinträchtigungen an der Bestandsbebauung. Durch die Ausbildung von Garagen oder Carports mit massiven Rückseiten und Dächern werden diese negativen Auswirkungen auf die umgebene Bestandsbebauung vermieden.

Im Anschluss bittet Herr Bartels die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, sich zu der Planung zu äußern und Fragen zu stellen. Folgende Fragen bzw. Anmerkungen werden gemacht:

1. Werden die erforderlichen Grenzabstände eingehalten?

Zur Festlegung der städtebaulichen Raumkanten der ergänzenden Blockbebauung werden Baulinien festgesetzt. Gemäß Festsetzung muss das Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet werden. Mit diesen Festsetzungen orientiert sich die geplante Bebauung an den im westlichen Ringgebiet gängigen Abständen der Blockrandbebauung Braunschweiger Gründerzeitquartiere.

2. Werden Fördermittel der Sozialen Stadt hier eingesetzt? Wie hoch ist der geförderte Betrag für die Ordnungsmaßnahmen? Werden Nachbarn zu Ausgleichszahlungen herangezogen?

Grundsätzlich sind Maßnahmen wie der Abbruch der vorhandenen Gebäude förderfähig. Konkrete Angaben hierzu sind zum Zeitpunkt der vorgezogenen Bürgerbeteiligung noch nicht zu machen. Ebenso wenig können Aussagen Bodenwertsteigerung gemacht werden, die Gegenstand von Ausgleichszahlungen sein können. Diese Fragen sind im Übrigen nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens.

3. Welche Vorteile entstehen für die bestehenden Anwohner?

Die Lärmemission vom Cyriaksring wird durch den fünfgeschossigen Neubau minimiert. Der Abbruch der Garagen und Werkstätten erhöht die Qualität des Freiraumes. Leerstand und Nutzungen, die nicht in ein Wohngebiet gehören werden durch den Abbruch beseitigt

4. Inwieweit verändert sich die Lärmemission durch die Stellplätze?

Gemäß Parkplatzlärmstudie werden auch die Richtwerte für kurzzeitige Geräuschspitzen auf Grundlage der Kriterien für Mindestabstände zwischen dem kritischen Immissionsort und dem nächstgelegenen Stellplatz zur Nachtzeit geprüft.

Da die notwendigen Abstände zum Schutz vor kurzzeitigen Geräuschspitzen bei einer Nutzung während der Nacht für ein Allgemeines Wohngebiet nicht eingehalten werden können, sind die Stellplätze durch geeignete bauliche Maßnahmen gegenüber den angrenzenden schutzbedürftigen Nutzungen abzuschirmen. Deswegen wird empfohlen, die Stellplätze mit Garagen bzw. Carports auszurüsten.

5. Es wird angeregt, die Dächer der Carports zu begrünen damit diese u.a. als Feinstaubfilter wirken

In die textlichen Festsetzungen sind Dachbegrünungen der Car-Ports/ Garagen aufgenommen da sie Regenwasser zurückhalten und somit Kanalabflussspitzen mildern und Regenwasser verdunsten. Wenn auch durch den Bebauungsplan eine Entsiegelung des Blockinnenbereiches vorbereitet wird, lässt sich die Neuversiegelung durch die Stellplätze in ihrer Wirkung mindern.

6. Welche Schäden könnten durch Abriss und Neubau an der benachbarten Bausubstanz entstehen? Wer ist dafür zuständig?

Die Regelung von Schäden durch die Baumaßnahme ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Diese werden ggf. in Beweissicherungsverfahren während der Baudurchführung erfasst. Nach momentanem Sachstand ist eine Bebauung ohne Keller geplant, sodass Setzungsprobleme im Bestand kaum zu erwarten sind.

7. Bleibt die gewachsene Vegetation erhalten? Sind Bäume auf den Nachbargrundstücken gefährdet?

Auf dem Grundstück ist kein Biotop erkennbar. Schutz der Vegetation z. B. bei Fundamenten im Wurzelbereich von Bäumen auf Nachbargrundstücken ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Eine Sicherung erfolgt in der Bauphase.

8. Wie lange beträgt die Bauzeit?

Die Dauer der eigentlichen Bauphase wurde auf ca. 1-2 Jahre geschätzt

9. Mit welchem Lärm und Schmutz ist zu rechnen?

Der Bebauungsplan trifft keine Festsetzungen zu Immissionen während der Bauphase. Eine für eine Neubaustelle übliche Belästigung ist nicht zu vermeiden.

10. Was ist wenn in der Wohnphase Lärm durch die neuen Bewohner entsteht?

Eine lärmintensive Nutzung wird durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes in diesem dicht bebauten städtischen Bereich nicht begründet. Weiteres regelt das Miet- und Nachbarschaftsrecht.

11. Bleiben die Wände/Mauern nach Abriss der Garagen erhalten?

Aus Gründen des Schallschutzes sind im Bereich der Stellplatzanlage Grenzmauern sofern von ihrer Standfestigkeit möglich, zu erhalten bzw. durch neue Elemente zu ersetzen. In anderen Bereichen können diese durch andere Grundstückseinfriedungen ersetzt werden.

12. Bleibt der Grünstreifen vor dem Haus entlang des Cyriaksrings bestehen?

Die Festsetzungen des Bebauungsplans lassen die Anlage eines Vorgartens wie am Cyriaksring üblich zu.

13. Werden genügend Fahrradstellplätze vorgesehen?

Dem Hinweis folgend werden Fahrradstellplätze im Bereich der Stellplatzanlage nachgewiesen.

14. Was passiert mit den bestehenden Schuppen, die zurzeit an die Garagen grenzen, die abgebrochen werden sollen?

Es wird davon ausgegangen, dass die Schuppen eine eigene Rückwand haben und so nach Abbruch der Garagen unberührt stehen bleiben werden.

16. Können Parkplätze in der näheren Umgebung untergebracht werden?

Darüber gibt es zurzeit keine Planungen. Das Bebauungsplanverfahren begründet dies nicht.

15. Warum wird der Neubau nicht mit einer Tiefgarage geplant?

Angesichts einer geringen nutzbaren Grundfläche und einer schwierigen Erschließung ist der Bau einer Tiefgarage für das Wohnprojekt nicht wirtschaftlich umsetzbar.

Herr Bartels bedankt sich für die vorgebrachten Anregungen. Er weist darauf hin, dass das Protokoll zu dieser Veranstaltung den beschließenden Mandatsträgern zum Beschluss über die öffentliche Auslegung vorgelegt wird. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung können alle Bürgerinnen und Bürger prüfen, inwieweit ihre Anregungen aufgenommen worden sind. Sie haben die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Auslegung ihre Anregungen erneut vorzubringen.

Herr Bartels beendet die Veranstaltung um 19.30 Uhr.

gez.
Meißner